

Im Namen

S. M. Majestaet des Koenigs!

In Bildung eines General-Kommun-
Straffens.

In Folge Allerhöchster Anordnung vom 7. d. M. d. d. 18. d. M. d. d. 1846, hat
S. M. Majestaet der Koening in Folge der Allerhöchsten
Anordnung vom 19. September d. J. d. d. die Befugnis zur Bildung
Straffens best. In Folge dieser Befugnis hat der Herr
Allerhöchste Einzeln nicht anders verfügen, die Bildung eines
General-Kommun- in alle Angelegenheiten zu genehmigen, und
zum Theil derselben im Reichs-Kaiserkollegium zu bestimmen
In Mittheilung dieser General-Kommun- Straffens
nimmt:

1. des Substanz-fabrikant, Spezifanten, Operanten und der Zeit Ein-
wirtsch. Adam Weber,
2. des Wollschneid-fabrikant - Wirtin Helck,
3. des Auf- und Specerey-fabrikant Ludwig Starcher,
4. des Wollschneid-fabrikant Adam Orth,
5. des Auf- und Specerey-fabrikant Wilhelm Jacob,
sammlich von Kaiserslautern
6. des Specerey- und Spezifanten Johann Wack in Cusel,
7. des Wollschneid-fabrikant Dingler in Zweibrücken,
8. des Spezifanten-rechts besitzer und Wollschneid-fabrikant Hilbig
Kraemer in St. Ingbert,
9. des Einwirtsch. Ludwig Daepf zu Neustadt a. Rh.,
10. des Aufstätt-fabrikant Benjamin Wagner zu St. Lambert
Grabenhausen,
11. des Spezifanten Johann Friedrich Müller in Landau

- 12., des (Speyerer) Familien und Konsistorium Carl Heinrich Follz in Speyer,
- 13., des Kaufmann Jacob Moler in Speyer,
- 14., des (Speyer) Familien Pfleger Johann Karcher in Frankenthal,
- 15., des (Speyer) Familien und Substitut meißelbühner Wilh. Georg Feltz in Dürkheim.

Das Königl. Landcommissariat wird ferner mit dem Bemerkung
in demnach geneigt, daß die durch den hiesigen (Speyer) Familien
Präsidenten gehaltenen Verhandlungssitzung vom 30. des
lauf. Monats unterzeichnet ist, und es daher die in demselben Protokoll,
den zur Aufhebung des hiesigen Kaufmanns und Substitut anwesenden

Das Landcommissariat ist ferner geneigt, daß die in demselben Protokoll,
benannten Anwesenden zu verfahren sind.

Königl. Bayer. Regierung der Pfalz
Kammer des Innern
gg. Fürst Wrede

In Auftrage
des Bürgermeisters Kaiserlautern

Zur weiteren Handhabung

Kaiserlautern am 16. April 1843.

Das Königl. Landcommissariat
Samst

Durch drei Jahrhunderte im Dienst der Wirtschaft: die IHK Pfalz

Vor 175 Jahren, als die Pfalz noch zum Königreich Bayern gehörte, ordnete König Ludwig I. die Gründung einer pfälzischen Handelskammer an. 15 Kaufleute und Fabrikanten erhielten 1843 den Auftrag, sie in Kaiserslautern Wirklichkeit werden zu lassen. Denn hier war zu dieser Zeit das gewerbliche und industrielle Zentrum der Pfalz. Später wurde die Handelskammer offiziell zur Industrie- und Handelskammer für die Pfalz (IHK Pfalz) umbenannt und hat heute ihren Sitz in Ludwigshafen am Rhein.

Damals hatten besonders die Kaufleute aus Speyer die bayerische Regierung immer wieder gedrängt, selbst die Angelegenheiten der pfälzischen Unternehmerschaft regeln zu dürfen. Sie wollten eine regionale Selbstverwaltung der Wirtschaft – unabhängig von der Regierung.

Dieses große Privileg gilt noch heute: Etliche Vorschriften und Regelungen, die die Wirtschaft betreffen, nimmt nicht der Staat, sondern die IHK möglichst unbürokratisch selbst in die Hand. Bis heute ist es Auftrag der IHK, die Interessen der regionalen Wirtschaft gegenüber Politik und Verwaltung zu vertreten.

Anlässlich ihres 175-jährigen Bestehens hat die IHK Pfalz in einer Vielzahl von Artikeln ihre reiche Geschichte näher betrachtet. Diese historischen Schlaglichter erschienen zum großen Teil in den zehn Ausgaben des IHK-Wirtschaftsmagazins im Jubiläumsjahr 2018. In der vorliegenden Publikation werden sie um weitere, thematisch passende Artikel ergänzt.

Seit 1843 hat die IHK Pfalz als Interessenvertretung der regionalen Wirtschaft die pfälzischen Unternehmen begleitet. Ob Agrargesellschaft, industrielle Revolution, die moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft oder das beginnende Zeitalter der Digitalisierung: Die Mitgliedsunternehmen konnten sich stets auf ihre IHK verlassen. Die Industrie- und Handelskammer war, ist und wird weiterhin eine zuverlässige Wegbegleiterin sein – in einem seit 175 Jahren währenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozess.



Albrecht Hornbach
Präsident



Dr. Tibor Müller
Hauptgeschäftsführer

Blicke in die Geschichte

1

Gründung der Handelskammer 1819 – 1843

- 6 Ein „Nährboden für Mächte der Finsternis“
- 8 Sie waren die Ersten
- 9 Ein geflügelter Merkur

2

Unruhige erste Jahrzehnte 1843 – 1908

- 10 Unternehmer mit eigenem Kopf
- 12 Verschiedene Namen – eine Kammer
- 13 Vom Gasthof zum eigenen Gebäude
- 14 Von Kaiserslautern nach Ludwigshafen
- 15 Über Grenzen hinweg
- 15 Sonntags nie

3

Infrastruktur 1850 – heute

- 16 Die Saar darf nicht im toten Winkel bleiben!
- 19 Manches ändert sich nie
- 20 „Sibirische Verkehrsverhältnisse“

4

Weimarer Republik 1918 – 1933

- 22 Wirtschaftsförderung als Mittel gegen Inflation und Arbeitslosigkeit
- 23 Eine Scheinwelt
- 24 Kein Blick über den Tellerrand
- 25 Der bewegliche Osterhase

5

Die Ausbildung 1867 – heute

- 26 Der gute Start ins Arbeitsleben

6

1933 – 1952 NS-Zeit und Kriegsfolgen

- 28 Gleichgeschaltet
- 31 Nur noch Altmetall
- 32 „Ein geschlossenes Bollwerk des Grenzbezirks der Westmark“
- 33 Kammerangehörige im „grauen Rock“
- 34 Arbeitsschlacht und Pianofront
- 35 Arbeitsdank
- 36 Die „Entjudung“ der Wirtschaft
- 37 Wie die Heringe

7

1945 – 1949 Neubeginn

- 38 Mit Beethoven in die Zukunft
- 39 Neugründung des DIHT
- 41 „Ein fast aussichtslos erscheinender Kampf gegen Not, Hunger und Zwang“
- 42 „Bereinigung der Wirtschaft von jeglichem nationalsozialistischen Einfluss“
- 42 Die Nase vorn
- 43 Aus zwei mach drei

8

1800 – 1960 Vergessene Industrien

- 44 Wenn es blinkt und glitzert
- 46 Kein Hexenwerk: Von Besen und Bürsten

9

1843 – heute Immer die Wirtschaft im Blick

- 48 Kammerarbeit als Spiegel der Probleme der Zeit
- 51 Gesamtentwurf zur Wirtschafts- und Sozialordnung

10

1861 – heute Gemeinsam geht es besser

- 52 Vernetzt!

Ein „Nährboden für Mächte der Finsternis“ Der lange Weg zur Gründung der IHK

Sie war der Grundstein für die Selbstverwaltung der Wirtschaft: Mit einer „Königlichen Allerhöchsten Verordnung“ genehmigte Bayerns König Ludwig I. 1842 die Errichtung von Handelskammern. Für die Pfalz wählte er Kaiserslautern als Standort aus. Erste Ansätze zur Gründung einer Interessensvertretung von Handel und Gewerbe gab es schon ein Vierteljahrhundert früher, doch stießen sie bei der königlichen Regierung auf wenig Gegenliebe.

Es war gerade vier Monate her, dass die Pfalz als Folge des Wiener Kongresses 1815 an das Königreich Bayern gefallen und der Rheinkreis gebildet worden war, als Bernhard Sebastian Nau, Professor für Kameralwissenschaft, dem bayerischen General-Kommissär der Pfalz, Xaver von Zwackh-Holzhausen, vorschlug, in Speyer eine Handelskammer zu errichten. Nau kannte diese Einrichtung aus Mainz. Dort hatten die Franzosen bereits 1802 eine Handelskammer etabliert. Der Professor hatte bei seinem Vorschlag allerdings weniger das Wohl der Pfälzer Kaufleute im Sinn. Vielmehr erhoffte er sich für seine Mitarbeit in der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, die vom Wiener Kongress eingesetzt worden war, Informationen über die Bedürfnisse der Wirtschaft, der Handels- und Schifffahrtsinteressen der Pfalz.



Von der
ersten Idee in Speyer ...

... bis zur Gründung in
Kaiserslautern



Erste Initiative kam aus Speyer

Nau konnte die bayerische Regierung nicht für seinen Vorschlag erwärmen, doch der Speyerer Handelsstand verfolgte die Idee weiter. Die Kaufleute hofften, mit einer Handelskammer wieder an die alte wirtschaftliche Bedeutung ihrer Stadt anknüpfen zu können. Schließlich war Speyer damals mit rund 6.000 Einwohnern die größte Stadt der Pfalz.

Am 29. Juli 1819 war es dann so weit. Der Speyerer Handelsstand sandte eine „unterthänige Bitte um Etablierung einer Handelskammer allhier“ an die königliche Regierung in München. Rund 25 Handels- und Gewerbetreibende unterschrieben die Petition, die den Hinweis auf bereits bestehende Handelskammern in Mainz, Frankfurt, Mannheim und anderen Handelsplätzen enthielt. Die Speyerer baten

die Königliche Regierung des Rheinkreises, „uns zu erlauben, eine so allgemein anerkannte wohlthätige Einrichtung constituieren zu dürfen.“ Die Kaufleute wollten mit den Kammern benachbarter deutscher Staaten zusammenarbeiten und gemeinsam nach Mitteln suchen, um die Handelskrise zu beenden.

Die Petition wurde vom Landkommissariat Speyer und der pfälzischen Regierung befürwortet, hatten doch alle dasselbe Ziel im Sinn: mehr Eigenständigkeit für die Pfalz. Die Pfälzer Kaufleute waren übrigens die ersten in Bayern, die die Regierung drängten, eine Kammer einzurichten. Doch die bayerische Regierung legte die Petition „bis auf weitere Anregung“ zu den Akten.

Die Pfälzer ließen nicht locker und versuchten in den 1820er und 30er Jahren

mehrfach, eine Interessenvertretung zu erreichen. Auch die bayerische Ständeversammlung beantragte 1825 erstmals die Errichtung von Kreisindustriekammern. Anfang der 1830er Jahre unternahmen sowohl der Speyerer Handelsstand als auch die Kammer der Abgeordneten einen weiteren Anlauf, der dieses Mal erfolgreich schien. Denn das Ministerium des Innern forderte am 18. März 1832 die Kreisregierungen auf, die Notwendigkeit von Kammergründungen zu prüfen. Die entsprechende Stellungnahme der Speyerer Kreisregierung vom 11. Mai 1832 befürwortete das Projekt eindeutig.

Keine Chance für Kammern

Doch ein politischer Stimmungsumschwung und Systemwechsel führten dazu, dass es nochmals über ein Jahr-

zehnt bis zur Gründung der Kammern dauern sollte: Ausgelöst durch die französische Julirevolution 1830 wurde die Politik des zunächst als „Reformmonarch“ bekannten Ludwig I. konservativer. Er hatte Angst vor einer Revolution und beschnitt die Rechte des Volkes, während dieses nach Demokratie, einem deutschen Nationalstaat und bürgerlichen Freiheiten strebte. Ein Prozess, der im Hambacher Fest 1832 seinen Höhepunkt finden sollte. In dieser Situation hatten die Handelskammern keine Chance. König Ludwig I. blieb beharrlich bei einem „Nein“, denn die Kammern waren für ihn eine Plattform für die liberale Opposition gegen die Regierung. Noch 1840 sah der Präsident des bayerischen Appellationsgerichts, Joseph von Hermann, in den Kammern einen „Nährboden für Mächte der Finsternis und revolutionäre Umtriebe“.

Etwa zeitgleich versuchte der bayerische Kabinettschef und Innenminister Karl von Abel, beim König „gut Wetter“ für die Gründung von Handelskammern zu machen. Sein Argument: Für die Förderung von Handel und Gewerbe seien genaue Kenntnis der Verhältnisse und Bedürfnisse in der Wirtschaft notwendig. Abel verwies dabei auf den großen Nutzen, den andere Staatsverwaltungen, vor allem Preußen, aus Berichten der Handelskammern zogen.

1842: Der Weg ist frei

Abels Drängen führte letztlich zum Erfolg: Am 19. September 1842 erließ König Lud-

wig I. die Königliche Verordnung, die den Weg zur Gründung von sieben Handelskammern in Bayern ebnete. Bayern war damit der erste deutsche Staat, der eine allgemein rechtliche Regelung des Handelskammerwesens einführte. Die Kammern wurden verpflichtet, die Regierung zu beraten. Gleichzeitig waren sie berechtigt, Anregungen und Ansichten vorzubringen. Der Vorschlag für Wahlen zu den Kammern, den die pfälzische Kreisregierung 1832 ausgearbeitet hatte, fand keine Berücksichtigung. Ganz im Gegenteil, König Ludwig kontrollierte alle Belange der Kammer – angefangen vom Sitz über die Zahl der Mitglieder bis zur Ernennung derselben.

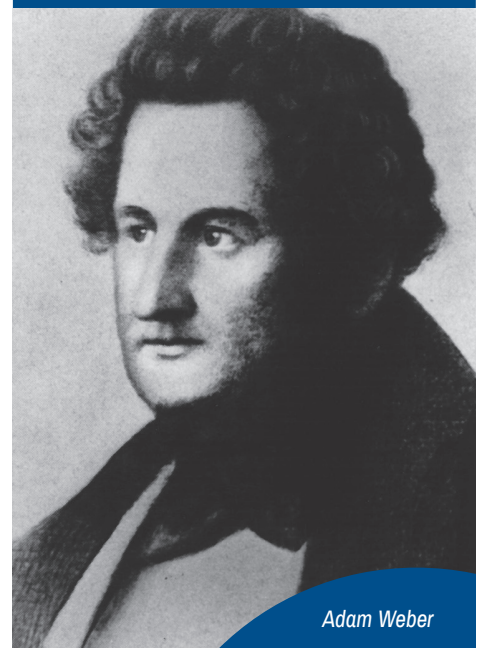
Für die Pfalz wählte Ludwig Kaiserslautern als Standort aus, das damals 8.000 Einwohner zählte und mit dem Sitz der größten pfälzischen Getreidebörse und des pfälzischen Fruchtmarkts ein regionales Wirtschaftszentrum war.

Am 30. April 1843 war dann der große Tag gekommen: 15 Kaufleute und Fabrikanten aus der ganzen Pfalz, die vom König zu den ersten Mitgliedern bestimmt worden waren, trafen sich zur konstituierenden Sitzung im Rathaussaal des Stadthauses von Kaiserslautern. Als erste Amtshandlung verfassten die Mitglieder im Namen des gesamten pfälzischen Handels- und Industriestandes eine Dankesadresse an den bayerischen König. |

Sie waren die Ersten

Die 15 Gründungsmitglieder der Handelskammer für die Pfalz

Tabakfabrikant, Großhändler, Spediteur und Bürgermeister von Kaiserslautern **Adam Weber**, gewählt zum ersten Vorsitzenden • Mühlenbesitzer **Adrian Pletsch**, Kaiserslautern (Lampertsmühle mit Früchte-, Brot und Mehlhandel) – Stellvertreter • Tuch- und Spezereihändler **Franz Karcher**, Kaiserslautern • Kattunfabrikant **Adam Orth**, Kaiserslautern • Tuch- und Spezereihändler **Wilhelm Jacob**, Kaiserslautern • Eisenhüttenwerkbesitzer und Maschinenfabrikant **Philipp Krämer**, St. Ingbert • Maschinenfabrikant **Christian Wilhelm Nikolaus Dingler**, Zweibrücken • Tuch- und Spezereihändler **Johann Wack**, Kusel • Tuchfabrikant **Casimir Wagner**, Lambrecht • Großhändler **Georg Friedrich Müller**, Landau • Spezereihändler und Spediteur **Carl Heinrich Foltz**, Speyer • Kaufmann **Jacob Adler**, Speyer • Großhändler **Philipp Heinrich Karcher**, Frankenthal • Weinhändler und Fabrikant moussierender Weine **Georg Fitz**, Dürkheim • Bankier **Ludwig Dacqué**, Neustadt



Adam Weber

Ein geflügelter Merkur

Die Siegel der IHK im Wandel der Zeit

Als öffentlich-rechtliche Vertretungen benötigten die 1843 gegründeten bayerischen Handelskammern natürlich auch ein Amtssiegel. Das Hauptmünzamt München wurde im Dezember 1843 mit der Herstellung beauftragt. Auch wenn das erste Siegel der Handelskammer der Pfalz in Kaiserslautern, das bis 1855 geführt wurde, nicht mehr erhalten ist, weiß man doch, dass es neben dem Namen der Kammer einen geflügelten und schwebenden Merkur mit dem Stabe zeigte – also den römischen Gott des Handels, des Gewerbes, des Reichtums und des Gewinns.

Von 1856 bis 1868 führte die Pfälzische Handels- und Gewerbekammer, wie die Interessenvertretung der Wirtschaft jetzt hieß, ein Siegel ohne Emblem, lediglich mit der Inschrift der Kammer. Auch die Pfälzische Handels- und Gewerbekammer in Ludwigshafen am Rhein hatte in den Jahren 1877 bis 1890 kein eigentliches Siegel, sondern verwendete einen ovalen Stempel mit der entsprechenden Inschrift.



1856–1868

Einheitliche Siegel ab 1890

Erst 1890 sorgte ein Ministerialentschluss für die Einführung von einheitlichen Siegeln für die Handels- und Gewerbekammern sowie für alle Bezirksgremien. Man griff dafür auf das ursprüngliche Siegel mit dem schwebenden Merkur zurück. Mit der neuen Handelskammerverordnung 1908, die mit der Abtrennung des Handwerks erforderlich geworden war, wurde auch das Siegel geändert. Die Handelskammern galten jetzt als juristische Personen und führten nun das in Bayern allgemein übliche Amtssiegel mit dem gekrönten bayerischen Rautenschild. Dieses überdauerte den 1. Weltkrieg und den Niedergang der Monarchie – erst 1927 gab es eine Neuerung, bei der weiterhin das bayerische Rautenschild, jetzt aber mit der sogenannten „Volkskrone“, zu sehen war. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 drückte sich auch im Siegel der gleichgeschalteten Kammer aus, das jetzt mit Hakenkreuz und Reichsadler das Hoheitszeichen des nationalsozialistischen Staates zeigte.

Seit den 1950er Jahren führt die IHK Siegel, die neben dem Schriftzug "Industrie- u. Handelskammer f. d. Pfalz in Ludwigshafen/Rh." das rheinland-pfälzische Wappen zeigen.



1877–1890



1891–1908



1909–1926



1927–1933



1933–1942



ab 1943

Unternehmer mit eigenem Kopf

Die unruhigen ersten Jahrzehnte der Kammer

Gegründet als eine vom Staat befohlene Zwangsvereinigung, waren die ersten Schritte der neuen Handelskammer noch eher tastender Natur. Doch bald emanzipierten sich die Pfälzer Unternehmer und Gewerbetreibenden und verweigerten der königlichen Regierung die Mitarbeit. Neun Jahre lang gab es keine Interessenvertretung der Wirtschaft in der Pfalz. Ein Streifzug durch die unruhigen Anfangsjahre der Kammer.

Nachdem König Ludwig I. am 7. April 1843 „Sich allergnädigst bewogen gefunden“ hatte, die Bildung einer Handelskammer für die Pfalz zu genehmigen, war der Startschuss für die Gründung der Interessenvertretung von Industrie, Handel und Gewerbe in der Pfalz gefallen. Am 30. April 1843 nahmen die 15 von König Ludwig I. benannten Mitglieder in Anwesenheit von Regierungspräsident Carl Theodor Fürst von Wrede ihre Arbeit auf. Die vom Staat befohlene Zwangsvereinigung bestand in dieser Form nur bis Ende 1849.

1850 – 1855: Kammern in vielen Orten

Denn schon am 27. Januar 1850 erließ König Maximilian II. Joseph eine neue Verfügung, unter anderem als Reaktion auf die politi-

schen Ereignisse der Jahre 1848/49: Aus der Einheitskammer für den Regierungsbezirk wurden viele Kammern. In allen Städten und Bezirken, die „wegen eines erheblichen gewerblichen und Handelsverkehrs das Bedürfnis einer Vertretung der gewerblichen und Handels-Interessen“ hatten, sollten nun auf Antrag Gewerbe- und Handelskammern errichtet werden. Diese waren nochmals in drei selbständige Abteilungen mit Handels-, Fabrik- und Gewerberäten mit je sieben Mitgliedern aufgeteilt.

Speyer, Frankenthal, Neustadt, Landau, Kaiserslautern, Zweibrücken und Ludwigshafen nutzten die Möglichkeit und richteten solche „kleinen“ Kammern ein. Diese erörterten nun nicht mehr das „große Ganze“, die Wirtschaftsbelange der Pfalz, sondern befassten sich nur mit lokalen Themen und hatten daher wenig Einfluss – auch wenn sie sich direkt an die königliche Regierung wenden durften.

1855 – 1867: wieder eine einheitliche Kammer für die Pfalz

Schon fünf Jahre später – am 16. April 1855 – machte Maximilian II. Joseph diese Dezentralisierung der Kammern rückgängig und setzte wieder auf das Einkammersystem für jeden Regierungsbezirk. Die Handelskammer sollte – ohne besondere Wahl – aus den Vorsitzenden und Stellvertretern der bestehenden Gewerbe-, Fabrik- und Handelsräte gebildet werden. Großen Einfluss hatte die Kammer allerdings nicht, durfte sie sich doch nur einmal im Jahr, und zwar genau am 15. Januar, für etwa zehn Tage treffen. Diese Zeit reichte gerade aus, den jährlich in München vorzulegenden Bericht über die Lage von Industrie und Handel abzustimmen. Außerdem sollte die Kammer nur dann gehört werden, wenn es die Verhältnisse zuließen. Die Kammer betrieb Gelegenheitspolitik. Eine unbefriedigende Situation für die Mitglieder, die daraufhin 1860 beantragten, einen ständigen Ausschuss einzurichten.

1868 – 1877: keine Kammer für die Gesamtpfalz

Da die Mühlen der Bürokratie auch damals langsam mahlten, stellte die Regierung erst 1864 eine Änderung in Aussicht. Nochmals vier Jahre später, im Dezember 1868, gewährte Prinzregent Luitpold den Kammern nun endlich die Permanenz. Allerdings

waren jetzt nur die am Sitz der Kammer, also in Ludwigshafen, wohnenden Mitglieder wahlberechtigt. Die Vorstände der Bezirks-gremien sollten zu jeder Sitzung eingeladen werden und verfügten über Stimmrecht. Wählbar waren außerdem nur bayerische Staatsbürger. Diese Paragraphen stießen in der Pfalz auf starken Widerstand. Die Regelung wurde als ungerecht empfunden, da einerseits Ludwigshafen und die dortigen Unternehmer ein Übergewicht erhalten würden, zudem einflussreiche Unternehmer von der Mitwirkung ausgeschlossen würden. In einer eigens einberufenen Versammlung in Neustadt erklärten die Pfälzer Unternehmer diese Bestimmung für schlicht unannehmbar. Das Königliche Staatsministerium legte diese Bedenken vom Tisch und bekräftigte mit einer Entschliebung vom 26. März 1869 nochmals die Verordnung von 1868.

Der Unmut über diese Entscheidung muss groß gewesen sein. So groß, dass Kaufleute und Unternehmer mit den Füßen entschieden: Bei den anstehenden Kammerwahlen gaben sie einfach ihre Stimme nicht ab, so dass neben der Handels- und Gewerbekammer selbst von 14 Bezirks-gremien nur drei zustande kamen, und zwar in Speyer, Kirchheimbolanden und Homburg. Die Ludwigshafener Kammer nahm zwar ihre Arbeit auf, doch ohne Unterstützung der Bezirks-gremien sah sie sich nicht imstande, die Interessen der Pfälzer Wirtschaft zu vertreten. Folglich zog sie Ende 1871 die Reißleine und kümmerte sich bis 1876 nur noch um die Interessen von Ludwigshafen.

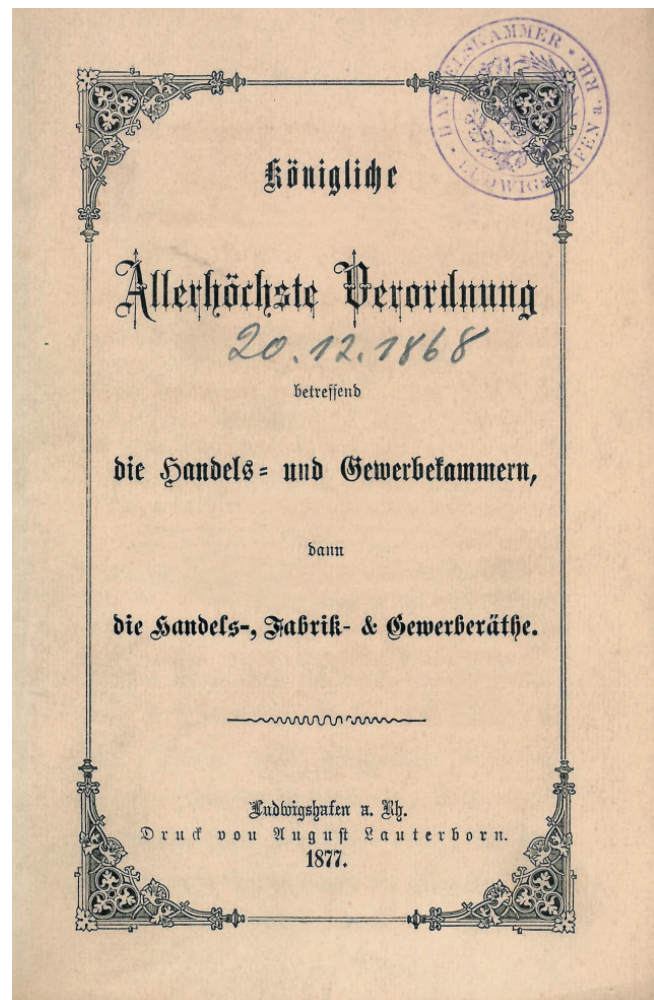
Eine weitere Eingabe an die Regierung mit der Forderung nach Gleichberechtigung, 1873 von Kaiserslauterer Unternehmern initiiert, wurde von München wiederum abgelehnt. Auch die Drohung der Unternehmer, eine „freie Pfälzische Vereinigung“ zu gründen, verlief im Sande. Das Innenministerium machte mit einer erneuten Verordnung am 26. Oktober 1876 klar, dass es an der Verordnung von 1868 festhalten werde.

1877 – 1908: Pfälzische Handels- und Gewerbekammer in Ludwigshafen

Nun überwog bei den Vertretern der pfälzischen Wirtschaft anscheinend doch das Interesse an einer wie auch immer gear-teten Interessenvertretung. „Noch ein letzter Versuch sollte

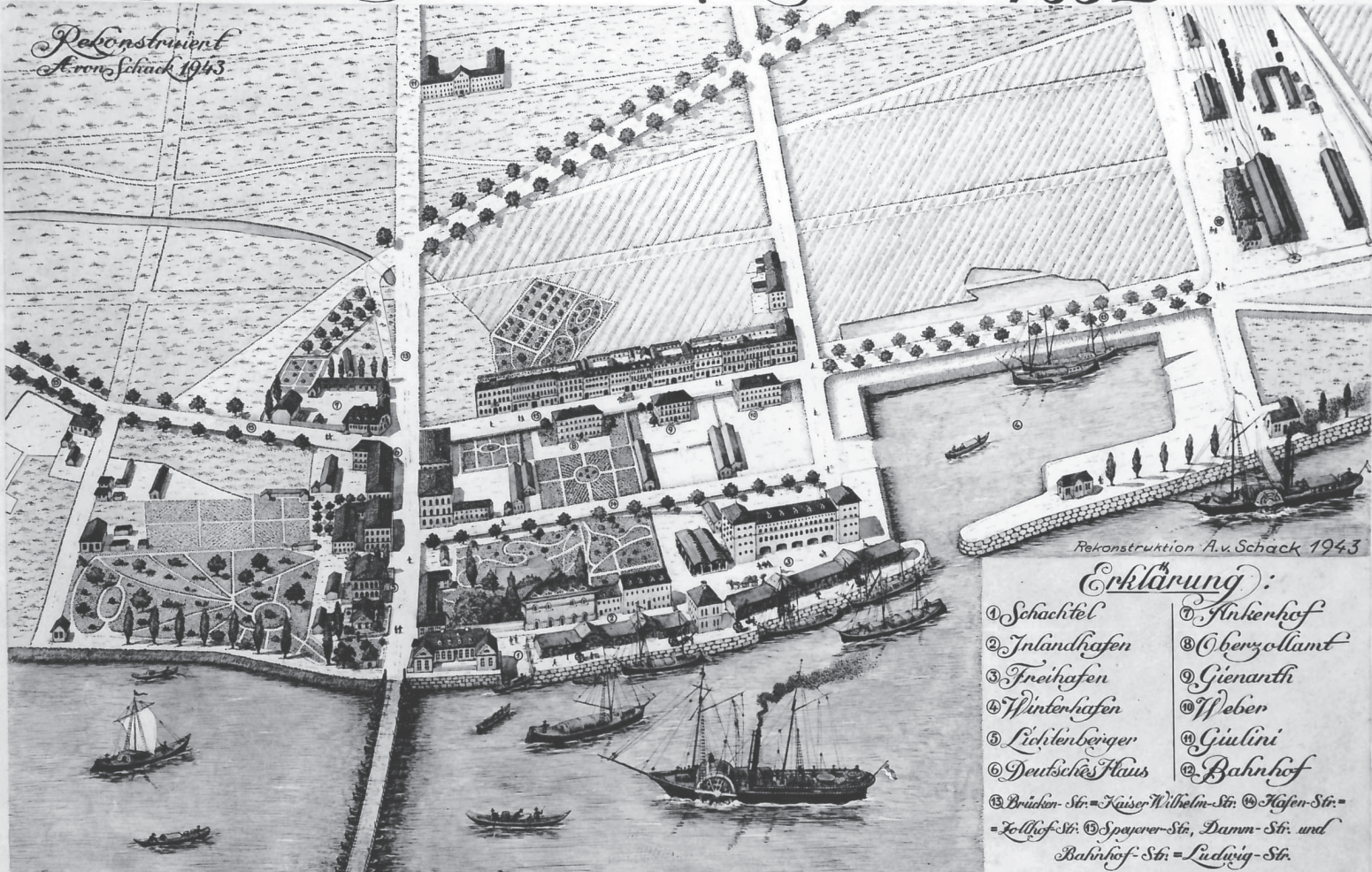
gemacht werden, ob es denn so ganz unthunlich sei, auf dem Boden der Verordnung zu einem alle Theile befriedigenden Ver-hältnis zu gelangen“, ist im Jahresbericht der Kammer für 1877 zu lesen. So wurden Wahlen zu den Bezirks-gremien ausgeschrieben. Am 6. März 1877 traten die Vorsitzenden der Gremien und die am Sitz der Kammer gewählten Mitglieder erstmals in Ludwigshafen zusammen und konstituierten sich – wie von der Regierung schon 1868 gewünscht – als Handels- und Gewerbekammer für die gesamte Pfalz. Das Gremium hatte 40 Mitglieder und trat nun, wie in der Verordnung vorgesehen, alle zwei Monate zusammen.

Nun war die Kammer in ruhigerem Fahrwasser angelegt. Erst 1908 gab es nochmals eine wesentliche Änderung in der Organi-sation, als in Bayern als letztem deutschen Staat die dem Hand-werk angehörenden Gewerbetreibenden mit den Handwerks-kammern vereinigt wurden. Da hatte sich die Kammer längst zu einem eigenverantwortlichen wirtschaftlichen Selbstverwal-tungsorgan entwickelt. ■



Ludwigshafen wird selbständige Gemeinde am 27. Dezember 1852

Rekonstruiert
Aron Schack 1943



Ab 1877 tagte die Handelskammer regelmäßig in der jungen Gemeinde Ludwigshafen.

Verschiedene Namen – eine Kammer

1843 – 1851	Handelskammer für die Pfalz in Kaiserslautern
1852 – 1855	Gewerbe- und Handelskammern in Speyer, Frankenthal, Neustadt, Landau, Kaiserslautern, Zweibrücken und Ludwigshafen am Rhein
1856 – 1858	Pfälzische Gewerbe- und Handelskammer
1859 – 1867	Kreis-, Gewerbe- und Handelskammer der Pfalz
1868 – 1877	es besteht keine Kammer für die gesamte Pfalz
1877 – 1908	Pfälzische Handels- und Gewerbekammer
1909 – 1926	Handelskammer Ludwigshafen am Rhein
1927 – 1931	Industrie- und Handelskammer Ludwigshafen am Rhein
1932 – 1942	Industrie- und Handelskammer für die Pfalz in Ludwigshafen am Rhein
1943 – 1945	Wirtschaftskammer Ludwigshafen am Rhein
seit Juni 1945	Industrie- und Handelskammer für die Pfalz

Vom Gasthof zum eigenen Gebäude

Standorte der Kammer in Ludwigshafen

Seit über 100 Jahren, genauer seit 1904, hat die IHK ihren Sitz am Ludwigshafener Ludwigsplatz.

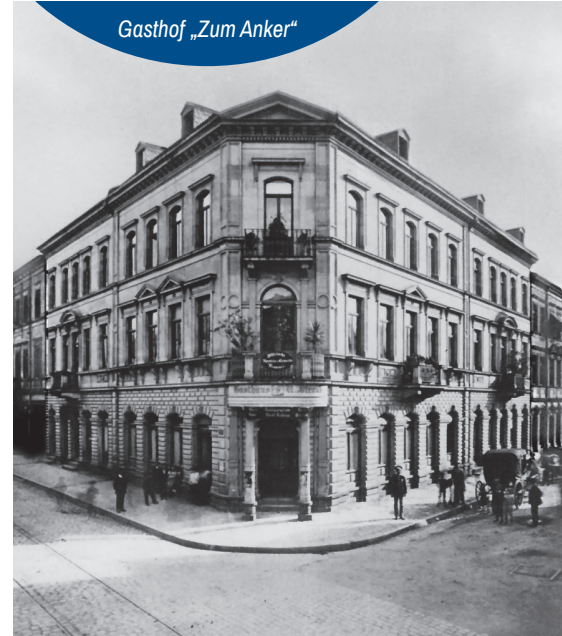
Die Jahrzehnte zuvor, seit 1877 die erste Geschäftsstelle eröffnet worden war, waren von einer ständigen Suche nach einem passenden Standort geprägt. So befanden sich die ersten gemieteten Geschäftsräume der Kammer ab dem 1. Januar 1878 in einer Gaststätte, dem Gasthof „Zum Anker“ an der Kreuzung von Ludwig- und Kaiser-Wilhelm-Straße. Schon zum 30. September 1879 löste der Besitzer, Baumeister Josef Hoffmann, den Mietvertrag, und die Kammer musste nach neuen Räumlichkeiten suchen. In der Villa von Carl Freiherr von Gienanth in der Ludwigstraße 34 fand man geeignete Räume, in denen die Geschäftsstelle von 1879 bis 1897 ihren Sitz hatte. 1896 verkaufte Gienanth das Haus an die pfälzische Bank Ludwigshafen – für die Kammer stand ein erneuter Umzug an. Nun zog man 1897 in die erste Etage des Gebäudes an der Kaiser-Wilhelm-Straße 6.

Als 1903 wiederum die Eigentümer wechselten, dachten die Kammermitglieder über ein eigenes Gebäude nach und erwarben schließlich von den Erben des Kaufmanns Klingenburg für 120.000 Mark das Haus Ludwigsplatz 2.

Neubau oder Umbau?

Ende der 1920er Jahre waren die Büroräume zu klein geworden. Man diskutierte verschiedene Optionen, die einen Neubau an anderer Stelle, den Umbau des bestehenden Geschäftsgebäudes mit Erweiterungsbauten im Garten oder den Ausbau des 3. Stocks, der damals vermietet war („kleine Lösung“), umfassten. Für einen Neubau standen ein Grundstück an der Durchbruchstraße (auf dem Gebiet des heutigen Berliner Platzes), am Bürgermeister-Krafft-Platz in Süd nahe dem Amtsgericht und Finanzamt sowie ein Neubau auf dem eigenen Grundstück zur Diskussion. „Die Not der pfälzischen Wirtschaft lässt es angezeigt erscheinen, für die dringend erforderliche Erweiterung

Gasthof „Zum Anker“



Villa von
Carl Freiherr von Gienanth



Kaiser-Wilhelm-Straße 6

der Kammerräume die billigste Lösung zu wählen“, empfahl man und plädierte für die kleine Lösung, den Ausbau des 3. Stocks, der bislang als Wohnung vermietet war. 1936 erfolgte ein großzügiger Umbau.

Im Krieg wurde das Kammergebäude 1943 schwer zerstört. Die Kammer bezog verschiedene Ausweichquartiere und kam schließlich nach Kriegsende im Verwaltungsgebäude der Firma Halberg an der Rottstraße unter. Nach der Währungsreform beginnt dann der Wiederaufbau des Kammergebäudes, das mit einem Festakt am 28. März 1952 eingeweiht wurde. In den 1990er Jahren kam noch das benachbarte Gebäude hinzu. ■

Klingenburgsches Anwesen



Von Kaiserslautern nach Ludwigshafen Bedeutung der jungen Gemeinde wächst rasant

Als Ludwig I. 1843 die Errichtung einer Handelskammer in der Pfalz anordnete, bestimmte er Kaiserslautern als deren Sitz. Eine durchaus begründete und logische Wahl, war doch Kaiserslautern damals ein regionales Wirtschaftszentrum, in dem rund 8.000 Menschen lebten. Die Stadt war Sitz der größten pfälzischen Getreidebörse und des pfälzischen Fruchtmarkts. Bereits 1833/34 war in Kaiserslautern die pfälzische Kreislandwirtschafts- und Gewerbeschule gegründet worden, 1837 folgte die Pfälzische Gesellschaft für Pharmazie und Technik und der Grundwissenschaften.

Ludwigshafen, damals noch die Rheinschanze, war genau im Gründungsjahr der Kammer aus Privatbesitz an Bayern

gegangen. Doch schnell wurde aus dem Umschlagplatz am Winterhafen dank der günstigen verkehrsgeografischen Lage ein wichtiger Knotenpunkt für die Handelsströme, immer mehr Industriebetriebe siedelten sich an und verhalfen der jungen Gemeinde zu einem rasanten Wachstum. So wurde mit dem Kaufmann Carl Huß 1847 der erste Ludwigshafener Mitglied der Handelskammer, eben weil die Regierung der Pfalz der Ansicht war, Ludwigshafens gestiegene kommerzielle Bedeutung erfordere nun auch einen Sitz in der Kammer.

Ab 1857 wurden die – damals nur einmal im Jahr stattfindenden – Sitzungen regelmäßig in Ludwigshafen mit seinen 2.800 Einwohnern abgehalten, obwohl es erst knapp vier Jahre zuvor – im April 1853 –

zur selbständigen Gemeinde geworden und noch nicht zur Stadt erhoben worden war. 1869 bestimmte eine Ministerialentscheidung die Stadt am Rhein auch offiziell zum Sitz der Kammer.

Dies verdeutlicht die bedeutende Rolle, die Ludwigshafen schon Mitte des 19. Jahrhunderts für die pfälzische Wirtschaft spielte – und zeigt, wie schnell sich die wirtschaftlichen Schwerpunkte der Pfalz von der Landwirtschaft hin zur Industrie verschoben. Kaiserslautern versuchte die Ludwigshafener Führungsposition noch bis 1876 in Frage zu stellen, doch spätestens mit der Eröffnung einer ständigen Geschäftsstelle der Kammer 1877 in Ludwigshafen war die wirtschaftliche Vorreiterrolle in der Pfalz eindeutig geklärt. ■



Ludwigsplatz um 1870

Über Grenzen hinweg Auch Mannheimer dürfen wählen

Mit der Königlichen Allerhöchsten Verordnung vom 25. Februar 1908 wurde nicht nur die Trennung von Handel und Gewerbe vollzogen, sondern auch das Wahlrecht für die Kammer definiert: Wählbar waren deutsche Staatsangehörige, die im Kammerbezirk wohnten. Unternehmer, die in Ludwigshafen ihren Firmensitz hatten, aber in Mannheim wohnten (ja, auch das gab es vor über 100 Jahren schon), hätten nach der Neuwahl nicht mehr Mitglied der Kammer sein können. Da die Kammer ungern auf diese verzichten wollte, beantragte sie bei der Königlichen Regierung, den Wahlbezirk Ludwigshafen um die Stadt Mannheim zu erweitern, was auch geschah.

Sonntags nie Eine Rüge für die Kammer

Da ist man fleißig, tagt sogar des Sonntags, berät über eine Eisenbahnverbindung zwischen Pfalz und Elsass, immer die Interessen der Wirtschaft der Pfalz, ja auch anderer deutscher Staaten im Blick, und dann das: „Im Namen Seiner Majestät des Königs“ erhält der Vorstand der pfälzischen Handelskammer im Juli 1851 eine Rüge der Königlich bayerischen Regierung der Pfalz, genauer der Kammer des Inneren, mit dem deutlichen Hinweis: „Die Versammlung der pfälzischen Handelskammer an einem Sonntage muss als ungeeignet bezeichnet werden.“ Denn, so heißt es in dem Schreiben weiter, „es kann nicht dazu beitragen, die Achtung vor der Feier des Sonntags und das religiöse Gefühl im Volke zu stärken und zu heben, wenn die Notabeln des Landes an einem solchen Tage Amtsgeschäfte vornehmen.“ Dies sei, so heißt es abschließend, in Zukunft zu berücksichtigen.

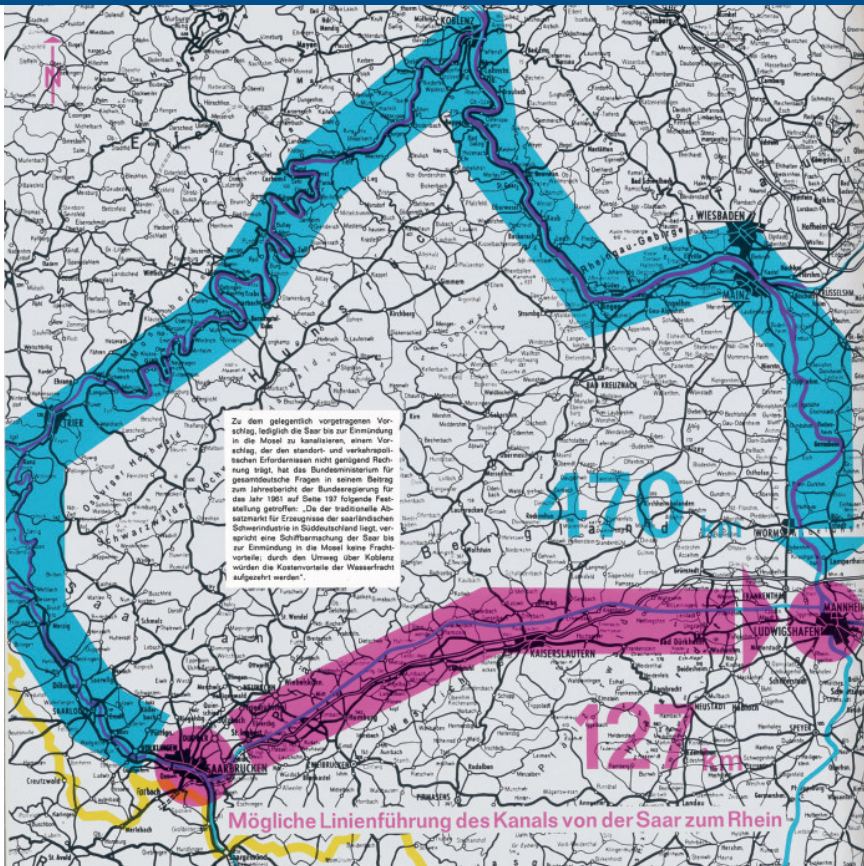


großer Sitzungssaal

Die Saar darf nicht im toten Winkel bleiben!

Der Saar-Pfalz-Kanal – lange geplant, nie verwirklicht

Er hätte ein Vorzeigeprojekt werden sollen: Der Saar-Pfalz-Kanal. Knapp 90 Jahre lang gab es mehrfach Versuche, eine direkte Wasserstraßenverbindung zwischen der Saar und dem Rhein zu bauen. Dabei ging es immer auch um wirtschaftliche Chancengleichheit und eine Standortverbesserung des Saargebiets, aber auch um Industrialisierung und wirtschaftlichen Aufschwung für Teile der Pfalz. Anfang der 1970er Jahre war dann klar: Die Wasserstraße wird eine Utopie bleiben.



„Rohstoffstraße der Westmark“ und „Friedensgarant“ – so vollmundig titulierte die Nationalsozialisten den geplanten Saar-Pfalz-Rhein-Kanal 1936. Die etwa 150 Kilometer lange Wasserstraße sollte die Saar bei Saarbrücken mit dem Rhein bei Ludwigshafen verbinden und ein Vorzeigeprojekt der neuen Machthaber werden. Ein aufwendiges Vorzeigeprojekt, denn für die Überwindung der insgesamt über 350 Höhenmeter für die geplante Trasse, die in etwa dem Verlauf der heutigen Autobahn 6 entsprach, hätte man unzählige Schleusen bauen müssen. Die Planer veranschlagten dafür 25.000 Arbeiter und eine Bauzeit von fünf Jahren.

Doch war dieser Vorschlag zur Anbindung des Saargebietes keine Idee des NS-Regimes. Die ersten einer ganzen Reihe umfassender Denkschriften und technischer Untersuchungen für einen Saar-Pfalz-Kanal datieren bereits aus den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts. So forderte die Handelskammer Saarbrücken 1888 den Bau eines zwei Meter tiefen „Kohlenkanals“. Pferde oder Esel hätten die bis zu 300 Tonnen schweren Schiffe fortbewegt.

Erste „Kanalversammlung“ 1926

Mitte der zwanziger Jahre nahmen die Planungen dann erstmals richtig Fahrt auf. Im Oktober 1926 lud die Handelskammer Saarbrücken zu einer ersten „Kanalversammlung“. Als Ergebnis vermeldete die Kammer, dass der saarländische Bergbau wie auch die gesamte Wirtschaft

an der Saar, allen voran die Hüttenindustrie, zukünftig nur dann lebensfähig seien, wenn eine direkte Wasserstraße die Saarländische Wirtschaft mit „ihrem natürlichen Absatzgebiet in der Pfalz und im übrigen Süddeutschland“ verbinde. Dieser Transportweg sei vor allem wichtig, um gegenüber der Ruhrkohle konkurrenzfähig zu bleiben.

Die Handelskammer Ludwigshafen entsandte einen Delegierten zu dem Treffen. Anschließend leitete sie eine Umfrage unter ihren Mitgliedsunternehmen in die Wege, um die Bedeutung des Kanals für die pfälzische Wirtschaft zu ermitteln. Die Antworten waren ernüchternd: Viele Unternehmen erklärten, ein Transport ihrer Waren auf dem Kanal käme für sie nicht in Frage, da die vielen Schleusen die Fahrtzeit verlängerten und verteuerten. Ein Transport per Bahn sei günstiger und schneller. Auch die IG Farbenindustrie AG als größtes Unternehmen im Kammerbezirk erklärte, kein unmittelbares Interesse an der Wasserstraße zu haben.

Zweiter Weltkrieg verhindert Kanalbau

Die Weltwirtschaftskrise 1929 ließ weitere Planungen und geforderte Gutachten zum Erliegen kommen, bis sie von den Nationalsozialisten wieder aufgegriffen wurden. 1936 gründete sich sogar mit dem Saar-Pfalz-Kanal-Verein eine eigene Lobbyorganisation. Am 24. Januar 1936 beauftragte der Reichsverkehrsminister das Reichswasserstraßenamt Saarbrücken mit der Erarbeitung der technischen Grundlagen für den Bau eines Saar-Pfalz-Kanals. Drei Jahre dauerten die Arbeiten, der Vorentwurf wurde im März 1939 vorgelegt. Fast schien der Traum der Saarländer endlich in Erfüllung zu gehen – wenn nicht der Zweite Weltkrieg ausgebrochen wäre.

Kurz nach der Rückgliederung des Saarlandes 1957 griff die Saarbrücker Landesregierung die Kanalbaupläne erneut auf und versuchte, die Bundesregierung zum Bau der Wasserstraße zu bewegen.

Es war der erste einer ganzen Reihe von Vorstößen, bei denen es immer um die Reintegration des Saarlandes in die bundesdeutsche Wirtschaft, um bessere Standortfaktoren – insbesondere gegenüber der Montanindustrie des Ruhrgebiets – und natürlich den Anschluss der saarländischen Montanindustrie an das europäische Wasserstraßennetz ging.

Kanal als Garant wirtschaftlicher Chancengleichheit

„Die Benachteiligung der Saar muss aufgehoben werden“, brachten die saarländischen Vertreter 1961 in einer Arbeitsgruppe für Standortfragen der Saarländischen Wirtschaft auf Bundesebene ihr Anliegen auf den Punkt. Am 29. August 1961 sagte der Bundesminister für Verkehr zu, die „Bauwürdigkeit“ des Kanals eingehend zu prüfen. Der Lobbyismus pro Kanal war so stark, dass 1962 sogar ein Buch „weshalb saar-pfalz-kanal“ erschien. 1963 gründete sich nochmals ein Kanal-Verein. Die IHK Pfalz unterstützte die saarlän-

Wanderausstellung „Straßenbau in Rheinland-Pfalz“ 1970

Staatssekretär Heinrich Holkenbrink eröffnete am 7. Dezember im Hause der Kammer die vom rheinlandpfälzischen Wirtschafts- und Verkehrsministerium durchgeführte Wanderausstellung „Straßenbau in Rheinland-Pfalz“. Das Bild zeigt den Staatssekretär (3. v. r.) vor dem Modell der Ludwigshafener Nordbrückenauffahrt, rechts neben ihm Regierungspräsident Keller und IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Bergmann, links leitender Ministerialrat Dr. Schnecke.





dischen Forderungen, denn sie erwartete sich von dem Kanal eine nachhaltige Aufwertung der unterentwickelten westfälischen Randzonen und die vermehrte Ansiedlung von Industrie. So sprach sich die Vollversammlung der IHK Pfalz im Dezember 1961 für den Kanalbau aus. In einem Memorandum wurde im selben Jahr darauf hingewiesen, dass die Bauausführung durch die Entwicklung der Baumethoden deutlich leichter sei als 1939 angenommen. Als Bauzeit veranschlagte man acht bis zehn Jahre.

Am 11. Februar 1969 beschloss dann die Bundesregierung unter Kurt Georg Kiesinger mit Georg Leber als Verkehrsminister: „Ein Wasserstraßen-Anschluss wird gebaut.“ Die Landesregierungen des Saarlands und von Rheinland-Pfalz warfen nun noch einmal all ihre Argumente für den Saar-Pfalz-Kanal in der geplanten Form in die Waagschale: Der Kanal sei die „optimale Lösung für die Anbindung des Saarlandes und der Westpfalz an den Rheingraben“, der Kanal sei von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung für die

zentraleuropäischen Raum, außerdem ein Bindeglied zum französischen Wasserstraßensystem und unerlässlich für den Erhalt und Ausbau der saarländischen und westpfälzischen Wirtschaft.

Kein volkswirtschaftlicher Nutzen

Allerdings dämpfte ein Gutachten über Kosten und Nutzen des Kanals 1971 die Euphorie der Kanalbefürworter. Heraus kam, dass sowohl der Saar-Pfalz-Kanal als auch die Alternative einer kanalisierten Saar keinen volkswirtschaftlichen Nutzen hätten und nur rote Zahlen schreiben würden. Ungeachtet dieser niederschmetternden Prognose ließen die Kanal-Fans nicht locker und forderten 1972 nochmals vom Bund den Kanalbau.

Am 30. Mai 1973 wurde das Projekt nach über 80 Jahren dann endgültig begraben: Die Entscheidung fiel zugunsten des Ausbaus der Saar von der Mosel bis nach Saarbrücken. ■



Manches ändert sich nie

Rheinbrücken – schon immer „eine dringende Nothwendigkeit“

Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist eine der Grundvoraussetzungen für eine florierende Wirtschaft – das gilt heute und war auch vor 175 Jahren nicht anders. Eine Forderung wird dabei seit der Frühzeit der IHK unverändert gestellt: Die Region braucht mehr Rheinbrücken.

„**N**ein, die Rheinbrücken reichen nicht.“ Jürgen Vogel, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Pfalz und Leiter des Geschäftsbereichs Standortpolitik, findet klare Worte. Sowohl zwischen Mannheim und Ludwigshafen als auch im Süden der Pfalz sieht er die Notwendigkeit für weitere Querungen über den Rhein. „Wir haben entlang des Rheins relativ wenige Brücken, die aber immer mehr Verkehr aufnehmen müssen. Hier gibt es wachsende Probleme“, weiß Vogel. Als Beispiel nennt er die Wörther Rheinbrücke, die für 30.000 Fahrzeuge ausgelegt ist, aber von bis zu 100.000 am Tag genutzt wird. Er ist sich sicher, dass weitere Rheinquerungen in Zukunft diskutiert werden.

Eine feste Rheinbrücke muss her

Es ist eine Diskussion, die fast so alt wie die IHK ist. Denn schon zu Jahresbeginn 1850 wiesen Pfälzer Industrielle in einer Denkschrift auf das Erfordernis einer festen Rheinbrücke hin. Es galt, den bereits damals rasant wachsenden Verkehrsknotenpunkt Ludwigshafen an das überregionale Schienennetz anzubinden, um der Wirtschaft neue Absatzmärkte zu



Einweihung der Rheinbrücke bei Speyer 1956

erschließen. Schließlich war Ludwigshafen seit 1849 Endpunkt der „Ludwigsbahn“, die von den saarländischen Kohlerevieren kam, und zugleich auch damaliger Endpunkt der Rheinschifffahrt am Oberrhein.

Der Ludwigshafener Unternehmer Paul Giuliani beantragte in der Sitzung der Pfälzischen Handels- und Gewerbekammer am 15. Januar 1857 den Bau einer Rheinbrücke, die eine „dringende Nothwendigkeit“ sei. Bei der folgenden Sitzung ein Jahr später – die Kammer trat damals nur einmal im Jahr für wenige Tage zusammen – wiederholte der Ludwigshafener Unternehmer den Antrag. Mit einer Fähre für Güterwagen gab es dann ab 1863 zwar noch keine befriedigende, aber wenigstens eine provisorische Lösung. Denn bei

Frost oder hohen Pegelständen musste sie ihren Betrieb einstellen.

1867 ist die erste Rheinbrücke fertig

Über zehn Jahre machte sich die Kammer für den Bau einer festen Rheinbrücke stark, bis es dann 1867 so weit war: Die Eisenbahnbrücke zwischen Ludwigshafen und Mannheim war fertig. Doch die Freude sollte nicht lange währen – 1913 schon bezeichnete die Handelskammer die Zustände auf der Brücke wegen der starken Verkehrszunahme als unhaltbar und strebte den Bau einer neuen Rheinbrücke an.

1927 setzte die IHK Pfalz alles daran, dass gleich drei Rheinbrücken gebaut werden

sollten: in Ludwigshafen, Speyer und Maxau. Die Kammer war der Überzeugung, „dass die befriedigende Lösung der Rheinbrückenfrage für die Pfalz von größter Wichtigkeit ist“ und bat die zuständigen politischen Instanzen dringend, die Verhandlungen aufzunehmen. 1929 erklärt der Präsident der IHK, Dr. Hermann Troeltsch: „Eine besondere Crux stellen die in ungenügender Zahl vorhandenen und soweit vorhanden, durchaus unzulänglichen Rheinbrücken dar.“ Ein Satz, der genauso im Jahr 2018 seine Gültigkeit hat. ■



„Sibirische Verkehrsverhältnisse“

Die gescheiterten Pläne für eine Autobahnbindung von Pirmasens

Sie ist so alt wie die Autobahnen:
Die Diskussion über die Anbindung
von Pirmasens an das Fernstraßen-
netz. Bis heute ist die Trasse der
Autobahn 8 zwischen Pirmasens
und Landau nicht geschlossen,
was für die Wirtschaft ein großer
Standortnachteil ist.

„Eine gute Straßenanbindung ist für die Wirtschaft un-
gemein wichtig und für die Region ein extremer Vorteil.
Es ist wesentlich, dass die Märkte für die Unterneh-
men erreichbar sind“, sagt der Leiter des IHK-Dienstleistungs-
zentrums Pirmasens, Andreas Knüpfer. Leider, so bedauert
er, sei die B 10 zwischen Pirmasens und Landau bis heute noch
nicht durchgehend vierspurig ausgebaut. „Wir fühlen uns durch
die mangelnde Anbindung in der Region abgeschnitten“, betont
Knüpfer. Eine Situation, die auf den Bau der Reichsautobahnen
im Dritten Reich zurückgeht.

Schon bevor Adolf Hitler am 23. September 1933 den Spatenstich für
die erste Reichsautobahn Frankfurt – Heidelberg vornahm, wurde
in der Pfalz die Linienführung für die Hafraba-Straße Ost-West dis-
kutiert. Hafraba steht für Verein zur Vorbereitung der Autostraße
Hansestädte–Frankfurt–Basel, der bereits 1926 gegründet wurde.

Die Hafraba-Straße Ost-West wurde offiziell Samüsa genannt, eine Abkürzung für die Orte Saarbrücken, München und Salzburg.

Vier Varianten für eine Autobahn

Für die Trassenführung zwischen Saarbrücken und dem Rheintal wurden damals vier Varianten diskutiert: Variante 1 führte von Saarbrücken über Pirmasens nach Bergzabern, Variante 2 von Pirmasens nach Landau. Variante 3 sollte von Saarbrücken über Kaiserslautern nach Neustadt führen, Variante 4 schließlich von Kaiserslautern nach Bad Dürkheim. Relativ schnell kristallisierte sich heraus, dass die beiden Routen über Pirmasens nicht in Frage kamen, auch wenn sie kürzer waren. An erster Stelle wurden immer wieder strategische Bedenken genannt, führte die Trasse doch „außerordentlich nahe der politischen Grenze“ zu Frankreich vorbei. Auch technische Schwierigkeiten in dem engen Tal sowie eine zu erwartende geringe Frequentierung wegen der dünnen Besiedelung der Gegend wurden ins Feld geführt.

Die IHK Pfalz positionierte sich recht schnell in dieser Frage und bezeichnete im September 1933 die südlichen Varianten als „unzweckmäßig“. Ihr Favorit war eine fünfte Trassenführung über Kaiserslautern, Wattenheim und Neuleiningen bis Frankenthal und dann weiter über den Rhein, wie sie als A 6 letztlich gebaut wurde.

Autobahn als „Erlösung“

Nachdem die Reichsautobahn Frankfurt-Kaiserslautern-Saarbrücken fertig gestellt

war, wurde 1941 erneut über die Anbindung von Saarbrücken an die Rheinschiene diskutiert. Wieder ins Rennen gebracht wurde die 1933 verworfene Trasse über Pirmasens nach Landau, die zweite Möglichkeit führte durch das besetzte Frankreich über Saargemünd, Ditsch und Wissembourg. Gegen diese neue Variante setzten sich die Südpfälzer Unternehmer vehement zur Wehr. Das Industrie- und Handelsgremium Pirmasens beklagte am 3. Dezember 1941, die Schuhmetropole sei in verkehrspolitischer Hinsicht „stets stiefmütterlich behandelt“ worden, es herrschten „sibirische Verkehrsverhältnisse.“ „Klare Worte fand auch das Industrie- und Handelsgremium Bergzabern am 3. Januar 1942: „Die Autobahn über Pirmasens-Bergzabern-Kandel wäre im wahrsten Sinne des Wortes eine Erlösung.“

Der weitere Kriegsverlauf verhinderte dann die Umsetzung jeglicher Pläne.



Wirtschaftsförderung als Mittel gegen Inflation und Arbeitslosigkeit

Die IHK in der Weimarer Republik

Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit und Inflation – das waren neben der politischen Instabilität die prägenden Merkmale der Weimarer Republik. In der Pfalz kam erschwerend noch die Besetzung durch die Franzosen hinzu, die bis 1930 andauern sollte.

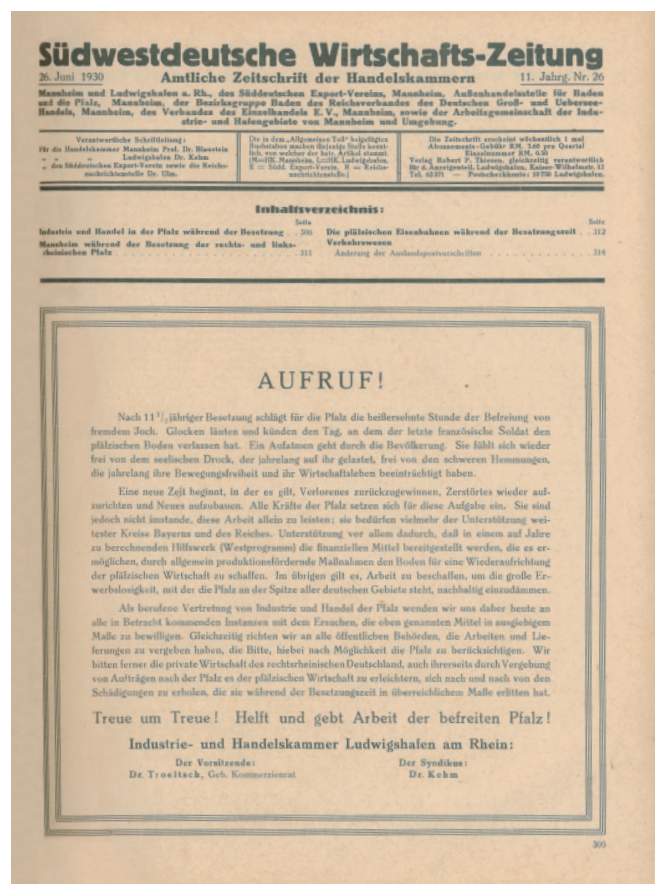
Die Ludwigshafener Geschäftsstelle der Handelskammer war da längst zum Zentrum der pfälzischen Wirtschaft geworden. Denn während des Ersten Weltkriegs hatten sich ihre Aufgaben ausgeweitet. Sie war nun zuständig für die Zwangsbewirtschaftung vieler Rohstoffe und Textilien, für laufende Bedarfserhebungen, für Preisbeschränkungen und Kontrollen, den Einsatz eines Schiedsgerichts bei Betrieben mit Zahlungsschwierigkeiten, die Kriegssteuerpolitik und nicht zuletzt auch die Rationierung von Lebensmitteln.

Konnte die Handelskammer Ludwigshafen, die seit 1927 unter dem Namen Pfälzische Industrie- und Handelskammer firmierte, auch gegen Hunger und Armut an sich nichts ausrichten, so kümmerte sie sich doch um die Förderung der gewerblichen Wirtschaft. Denn diese hatte, wie der damalige Präsident der Kammer, Franz Ritter von Wagner, im September 1925 erklärte, „für das Wohl und Wehe der Pfälzer Bevölkerung eine überragende Bedeutung“. Etwa eine Million Menschen lebten in jenem Jahr im Kammerbezirk, von denen über 60 Prozent laut Berufsstatistik in Gewerbe, Handel und Verkehr tätig waren.

Eine „blutleere“ Industrie

Doch um eben diese Sektoren stand es in der Weimarer Republik nicht gut. Prosperierende Unternehmen oder Neuansiedlungen gab es kaum, im Gegenteil: „Unsere Industrie ist vielfach blut-

leer“, zeichnete Wagner ein düsteres Bild von der Lage in der französisch besetzten Pfalz. Bei Handel und Handwerk sah es nicht anders aus. Viele Pfälzer Betriebe mussten in diesen Jahren schließen, da sie die Kunden im Rest des Deutschen Reiches und darüber hinaus nicht beliefern konnten.



Die pfälzische IHK versuchte zu helfen, indem sie sich immer wieder bemühte, neue Unternehmen für eine Ansiedlung in der Pfalz zu gewinnen. Aktiv ging die Kammer dazu auf Unternehmen zu, bot ihnen passende Grundstücke an und forschte bei einer Ablehnung des Angebots nach den Gründen. Oder sie setzte sich für einzelne Industriezweige wie etwa die Bürstenindustrie ein und erbat von verschiedenen deutschen Konsulaten Informationen über die Absatzmöglichkeiten von Korbwaren im Ausland.

Die Besatzung ist zu Ende

1930 brachte endlich die langersehnte Befreiung der Pfalz „von dem drückenden Joch der Besatzung“, wie es im Jahresbericht der Kammer heißt. Zahlreiche deutsche Kammern übersandten

der Ludwigshafener Schwesterkammer dazu ihre Glückwünsche. Und die Kammer selbst schaltete einen Aufruf in der Südwestdeutschen Wirtschafts-Zeitung vom 26. Juni 1930, in dem sie mit den Worten „Treue um Treue!“ um Aufträge für die Pfalz bat. Dieser Aufruf ging als Sonderdruck in 160.000 Exemplaren an die Mitgliedsfirmen, um deren Geschäftsbriefen beigelegt zu werden. Damit sollte die „große Erwerbslosigkeit, mit der die Pfalz an der Spitze aller deutschen Gebiete steht, nachhaltig eingedämmt werden“.

Ein Appell, der – wie wir wissen – erfolglos blieb. Die katastrophale Abwärtsentwicklung des Arbeitsmarktes ließ sich auch mit öffentlichen Mitteln wie dem Westgrenzfonds nicht stoppen und mündete schließlich in die nationalsozialistische Diktatur. ■

Eine Scheinwelt

Der Handelskammerdollar der IHK

H heute schon frisches Geld gedruckt? Diese Frage war in den Jahren 1923/24 durchaus an der Tagesordnung, denn während der galoppierenden Inflation gaben Kommunen, staatliche Stelle und Unternehmen ihr eigenes Geld, das sogenannte Notgeld, heraus. Sie druckten, was die Presse hergab. Die Papierscheine mit der ständig wachsenden Zahl von Nullen waren in vielen Fällen künstlerisch gestaltet, also richtig schöne Scheine.

Auch die IHK Pfalz ließ ihr eigenes Ersatzgeld drucken: den Handelskammer-Dollar. 1 Dollar U.S.A. = 4,20 Mark Gold = 1 Pfälz. Handelskammerdollar – das war der Wechselkurs, der auf jedem der Geldscheine aufgedruckt war. Es ging dabei um die Schaffung einer wertbeständigen Ersatzwährung. Die Ausgabe erfolgte nur gegen Dollar.

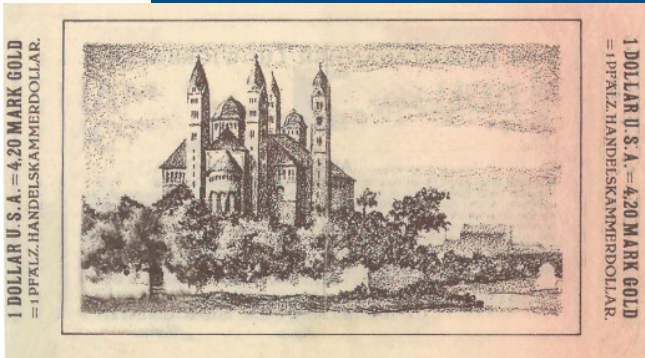
Den Druck der Geldscheine übernahm die Druckerei der BASF. Auch das Papier beschaffte die Anilin. Der Einfachheit halber nahm man

das Papier, das das Chemieunternehmen für den Druck seiner eigenen wertbeständigen Gutscheine verwendete. Die BASF sicherte eine tägliche Druckmenge von 250.000 Scheinen zu. Die Druckkosten beliefen sich auf 9.000 Goldmark.

Vor der Herausgabe der eigenen Währung standen langwierige Verhandlungen mit der Hohen Alliierten Rheinlands-Kommission in Koblenz. Denn ohne deren Genehmigung ging in der französisch besetzten Pfalz damals gar nichts.



Notgeldschein der Handelskammer Ludwigshafen am Rhein



Nur 200 Scheine im Umlauf

Der Notgeldschein der Handelskammer Ludwigshafen wurde am 18. Dezember 1923 herausgegeben und war im ganzen Regierungsbezirk Pfalz als Zahlungsmittel gültig, befristet auf sechs Wochen. Von der Auflage von einer

Million Stück kamen jedoch nur 200 Stück in Umlauf, denn der Handelskammerdollar kam erst nach der Hyperinflation heraus. Inzwischen war die Deutsche Rentenmark auch im damals französisch besetzten Gebiet zugelassen. Damit stand ein wertbeständiges Zahlungsmittel zur Verfügung, das am 30. August 1924 von der Reichsmark abgelöst wurde.

Die nicht mehr benötigten Scheine wurden in sieben Kisten gepackt und erst einmal bei der Pfälzischen Hypothekenbank in Ludwigshafen im Keller gelagert. Die 50 Reichsmark für die Kisten verrechnete die Pfälzische Hypothekenbank ganz pragmatisch mit ihrem Handelskammerbeitrag. 1935 entschied das Präsidium der IHK schließlich, die Scheine zu vernichten. Die Bank übernahm dies kostenfrei, verlangte aber die Überlassung des Altpapiers.

Kein Blick über den Tellerrand

Mitgliedschaft bei ausländischen Kammern nicht erwünscht

Globalisierung ist nicht erst eine Erfindung des ausgehenden 20. Jahrhunderts, nein auch in der Weimarer Republik war die Wirtschaft bereits international aufgestellt und an Zusammenarbeit und Export wie Import interessiert. Das zeigt eine Aufstellung aus dem Jahr 1927, in der die Deutschen Handelskammern und wirtschaftlichen Vereinigungen im Ausland genannt sind. So gab es Vertretungen in vielen europäischen Staaten. Ungeachtet langer und

aufwändiger Transportwege streckte die deutsche Wirtschaft ihre Fühler auch nach Ostasien und Südamerika aus.

Umgekehrt eröffneten in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren viele ausländische und zwischenstaatliche Handelskammern eine Niederlassung im Deutschen Reich. Man könnte fast von einem kleinen Boom sprechen. Eine Auflistung des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT) aus dem Jahre 1929 zählt 28 verschiedene Institutionen auf – von der Britischen Handelskorporation in Hamburg über die Türkisch-Deutsche Handelskammer in Frankfurt bis hin zum Deutsch-Brasilianischen Handelsverband und der Deutsch-Persischen Gesellschaft, beide in Berlin ansässig.

Bitte um Mitgliedschaft

Viele dieser Neugründungen schrieben Unternehmen in der Pfalz und natürlich auch die Handelskammer Ludwigshafen an und baten um deren Mitgliedschaft. Ob

die Kammer diesen Bitten nachkam oder sie ablehnte, wissen wir nicht, da die entsprechenden Akten nicht erhalten sind.

Einen Fingerzeig auf die Haltung der Kammern zu diesen Anfragen geben aber mehrere Schreiben des DIHT aus den Jahren 1927 und 1928. Darin forderte der DIHT seine Mitglieder auf, sich allen Neugründungen zwischenstaatlicher Verbände wie Handelskammern oder sonstiger Organisationen in Deutschland, „für die ein wirkliches Bedürfnis nicht nachgewiesen ist, zu versagen“. Der DIHT wollte weiter von allen Gründungsplänen „baldmöglichst“ Kenntnis haben, die einzelnen Kammern sollten „möglichst im Sinne einer Verhinderung neuer Gründungen“ wirken. Befürchtet wurden Doppelarbeit, Überschneidungen und übermäßige persönliche Inanspruchnahme. Der DIHT kam zu dem Schluss, Neugründungen seien nicht nur nicht notwendig, sondern schädlich, auch mit Blick auf die vielen Mitgliedsbeiträge.

Blick über den Rhein um 1925

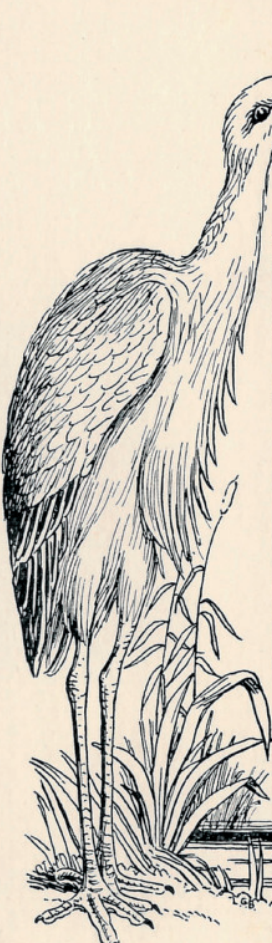


Der bewegliche Osterhase

Versuche einer Kalenderreform in der Weimarer Republik

PERPETUAL CALENDAR

From 1933 for Ever.



Easter Sunday April 15. (New Style)
 Whit Sunday June 8. (New Style)
 Christmas always on Monday. (New Style)
 Mid-month "Sol".
 "Peace Sabbath" Dec. 29.
 Leap-day June 29.

EVERY MONTH						
S	M	Tu	W	Th	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28

1930

Cumbersome present style with its unequal lengths of months & incessant shifting of daynames in relation to dates.

JANUARY		FEBRUARY.		MARCH.	
S	... 5 12 19 26 ...	S	... 2 9 16 23 ...	S	... 2 9 16 23 30
M	... 6 13 20 27 ...	M	... 3 10 17 24 ...	M	... 3 10 17 24 31
Tu	... 7 14 21 28 ...	Tu	... 4 11 18 25 ...	Tu	... 4 11 18 25 ...
W	1 8 15 22 29 ...	W	... 5 12 19 26 ...	W	... 5 12 19 26 ...
Th	2 9 16 23 30 ...	Th	... 6 13 20 27 ...	Th	... 6 13 20 27 ...
F	3 10 17 24 31 ...	F	... 7 14 21 28 ...	F	... 7 14 21 28 ...
S	4 11 18 25 ...	S	1 8 15 22 ...	S	1 8 15 22 29 ...

APRIL.		MAY.		JUNE.	
S	... 6 13 20 27 ...	S	... 4 11 18 25 ...	S	1 8 15 22 29 ...
M	... 7 14 21 28 ...	M	... 5 12 19 26 ...	M	2 9 16 23 30 ...
Tu	1 8 15 22 29 ...	Tu	... 6 13 20 27 ...	Tu	3 10 17 24 ...
W	2 9 16 23 30 ...	W	... 7 14 21 28 ...	W	4 11 18 25 ...
Th	3 10 17 24 31 ...	Th	1 8 15 22 29 ...	Th	5 12 19 26 ...
F	4 11 18 25 ...	F	2 9 16 23 30 ...	F	6 13 20 27 ...
S	5 12 19 26 ...	S	3 10 17 24 31 ...	S	7 14 21 28 ...

JULY.		AUGUST.		SEPTEMBER.	
S	... 6 13 20 27 ...	S	... 3 10 17 24 31	S	... 7 14 21 28 ...
M	... 7 14 21 28 ...	M	... 4 11 18 25 ...	M	1 8 15 22 29 ...
Tu	1 8 15 22 29 ...	Tu	... 5 12 19 26 ...	Tu	2 9 16 23 30 ...
W	2 9 16 23 30 ...	W	... 6 13 20 27 ...	W	3 10 17 24 ...
Th	3 10 17 24 31 ...	Th	... 7 14 21 28 ...	Th	4 11 18 25 ...
F	4 11 18 25 ...	F	1 8 15 22 29 ...	F	5 12 19 26 ...
S	5 12 19 26 ...	S	2 9 16 23 30 ...	S	6 13 20 27 ...

OCTOBER.		NOVEMBER.		DECEMBER.	
S	... 5 12 19 26 ...	S	... 2 9 16 23 30	S	... 7 14 21 28 ...
M	... 6 13 20 27 ...	M	... 3 10 17 24 ...	M	1 8 15 22 29 ...
Tu	... 7 14 21 28 ...	Tu	... 4 11 18 25 ...	Tu	2 9 16 23 30 ...
W	1 8 15 22 29 ...	W	... 5 12 19 26 ...	W	3 10 17 24 31 ...
Th	2 9 16 23 30 ...	Th	... 6 13 20 27 ...	Th	4 11 18 25 ...
F	3 10 17 24 31 ...	F	... 7 14 21 28 ...	F	5 12 19 26 ...
S	4 11 18 25 ...	S	1 8 15 22 29 ...	S	6 13 20 27 ...

Easter Sunday April 20.
 Whit Sunday June 8.
 Christmas Dec. 25 on Thursday.

International "Fixed Calendar" League,
 1, Regent Street, London, S.W.1, England.

Weihnachten im Juli - nein, so weit gingen die Visionäre, die in den 1920er Jahren neue Kalender und Zeitrechnungen entwickelten, dann doch nicht. Aber einen neuen, einen 13. Monat, den „Sol“, wollte einer der zahlreichen Kalenderreformer dann doch einführen. Er wäre zwischen Juni und Juli eingefügt worden und alle dann 13 Monate hätten 28 Tage gehabt. Für sein „Symmetrisches Jahr“ strich ein anderer Vordenker kurzerhand die Mittwoche, weil die 7-Tage-Woche die Nerven ruiniere, die 6-Tage-Woche hingegen eine „sanitäre und sozial-ökonomische Notwendigkeit“ sei, die Hilfe, Ordnung und Frieden zu sichern.

Allen Vorschlägen gemeinsam war das Ziel, immerwährende, ewige Kalender von internationaler Gültigkeit zu schaffen, um das Leben zu vereinfachen und der Wirtschaft mehr Arbeitstage zu beschern. Der Ausgangspunkt war das bewegliche Osterfest, das nun immer auf denselben Tag fiel, um „Ruhe“ in den Kalender zu bringen.

Mit diesen durchaus kreativen Ideen musste sich auch die Handelskammer Ludwigshafen beschäftigen und ihre Mitgliedsunternehmen um Stellungnahme bitten. Die Rückmeldungen waren überwiegend positiv. Die Unternehmen bewerteten eine Reform als „begrüßenswert“, als „eine Erleichterung im Geschäftsleben“ oder „begrüßen lebhaft jede Verbesserung des Kalenders“. Nur das Handelsgremium Rockenhausen vermeldete: „kein Bedürfnis zur Kalenderänderung“. Und der Handelsschutzverband Neustadt wollte kein Urteil fällen. Den Wünschen der Mehrheit ihrer Mitglieder folgend sprach sich dann auch die Vollversammlung am 30. Dezember 1926 für eine Kalenderreform aus. Die jedoch, wie wir wissen, nie durchgeführt wurde.

Der gute Start ins Arbeitsleben

Bedeutung der Ausbildung schon früh erkannt

Die Liste der Ausbildungsberufe ist lang: Sie reicht von A wie Anlagenmechaniker und Automobilkaufmann bis Z wie Zimmerer und Zerspanungsmechaniker. Die Industrie- und Handelskammer für die Pfalz führt jährlich in über 180 Berufen mit insgesamt 270 Fachrichtungen mehr als 10.000 Prüfungen durch. Die ersten Prüfungen fanden 1934 statt. Doch das Bewusstsein für die Bedeutung einer geregelten Ausbildung war schon früher vorhanden.

Mit der fortschreitenden Industrialisierung wuchsen ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch die Anforderungen an die Arbeitskräfte. Wurden anfangs häufig Handwerksgelesen eingestellt, fehlten diesen schon bald die notwendigen Qualifikationen für die Arbeitsplätze in der Industrie. Die Rationalisierung und die neuen, verbesserten Arbeitsmethoden vor allem in der chemischen und der metallverarbeitenden Industrie erforderten speziell ausgebildete Arbeitskräfte.

Schon 1867 war die Kreis-, Gewerbe- und Handelskammer der Pfalz der Ansicht,

dass der derzeitige Stand der Industrie und die von der Volkswirtschaft geforderten höheren Leistungen „eine geeignetere und intensivere theoretische Vorbildung des Gewerbestandes“ erfordern. Die Volksschulbildung allein sei dafür nicht ausreichend. „Unsere Gewerbeschulen entwickeln sich zwar immer gedeihlicher, aber die in ihnen angestrebte geistige Ausbildung der gewerblichen Jugend lässt noch manches zu wünschen übrig...“, hieß es weiter.

Die Kammer verfolgte das Thema weiter. 1895 beriet sie erstmals über die Einrichtung von Industrieschulen. Diese seien nicht als

Vorstufe zu technischen Hochschulen anzusehen, sondern auf die Forderungen des praktischen Lebens auszurichten. Damit verbunden forderte die Pfälzische Handels- und Gewerbekammer, ein 8. Grundschuljahr und Realgymnasien einzurichten.

Lehrwerkstätten für die Ausbildung

Um ihren Bedarf an Fachkräften zu decken, gingen einzelne Unternehmen schon im Kaiserreich dazu über, ihren Nachwuchs selber auszubilden. So zum Beispiel das Ludwigshafener Unternehmen Halberg Maschinenbau, das 1890 eine Lehrwerkstatt einrichtete. Nach dem Ersten Weltkrieg folgten dann nach und nach weitere Industriebetriebe diesem Beispiel. In den Lehrwerkstätten wurden Jugendliche mit den neuzeitlichen Werkzeugmaschinen und den anfallenden Spezialarbeiten vertraut gemacht. Es war eine Ausbildung, die nicht organisiert, sondern individuell auf die Bedarfe des einzelnen Unternehmens ausgerichtet war.

Keine Ausbildung ohne Prüfung – so denken wir heute. Doch Anfang des 20. Jahrhunderts waren auch die Prüfungen nicht einheitlich geregelt. Da gab es Lehrverhältnisse, die in der Lehrlingsrolle der Handwerkskammer eingetragen waren und mit Gesellenprüfungen endeten, andere legten eine Facharbeiterprüfung im Werk ab. Im kaufmännischen Bereich gab es erste freiwillige Kaufmannsgehilfenprüfungen gegen Ende des 19. Jahrhunderts, etwa in Baden-Württemberg, wo diese 1885 eingeführt wurden.

Erste Prüfungen waren freiwillig

Nach und nach kamen bei diesem Thema die Kammern ins Spiel. Ab 1925 begannen erste Kammern im damaligen Deutschen



Bei der Oberhein-Industrieausstellung 1937 wurden bereits ...

Reich, für Kaufmannsgehilfen freiwillige Prüfungen anzubieten. Bei der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz stand das Thema erstmals 1927 auf der Agenda. Die Vollversammlung sprach sich jedoch gegen die Einrichtung von kaufmännischen Gehilfenprüfungen aus, empfahl „dafür aber die bestehenden Berufsbildungsschulen möglichst praktisch auszugestalten.“

Am 26. September 1933 beschlossen die bayerischen Industrie- und Handelskammern in Nürnberg, freiwillige Prüfungen einzuführen. Im Frühjahr des darauffolgenden Jahres hielt die IHK Pfalz die ersten Kaufmannsgehilfenprüfungen für die gesamte Pfalz ab. 163 Kandidaten traten an, 135 bestanden die Prüfung, die bereits

Pfalz errichtete man zwei getrennte Prüfungsämter – 1935 für die Kaufmannsgehilfenprüfung und 1936 für Facharbeiterprüfungen.

Nach Kriegsende bildeten viele Unternehmen ihren Nachwuchs in eigenen Lehrwerkstätten oder zumindest Lehrrecken aus. 1953 gab es allein in Ludwigshafen sechs Lehrwerkstätten und zwölf Lehrrecken. Mit zwei Lehrwerkstätten (einer mechanischen und einer chemischen) und insgesamt 600 Ausbildungsplätzen verfügte die BASF über eine der größten Lehrwerkstätten im Bundesgebiet. Dieses Angebot der Unternehmen bewährte sich, wie die Ergebnisse der von der Kammer zentral durchgeführten Facharbei-



damals aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil bestand.

Prüfungen werden verpflichtend

Damit hatte die Kammer erstmals auch einen Überblick über die Qualität der Ausbildung – und war offensichtlich gar nicht zufrieden. Denn die Ausbildungsbetriebe wurden aufgerufen, „künftig der Ausbildung der Lehrlinge größere Sorgfalt zuzuwenden“. Nur ein Jahr später wurden die Prüfungen verpflichtend. Bei der IHK

terprüfungen zeigten. So war es ein logischer Schritt, dass die IHK Pfalz ab 1961 selber mit der Errichtung von insgesamt sieben überbetrieblichen Lehrwerkstätten begann. Bundesweit nahm sie damit eine Vorreiterrolle ein.

Ohne ehrenamtliche Prüfer geht es nicht

Seit dem Erlass des Berufsbildungsgesetz (BBiG) vom 14. August 1969 wurde die bis dahin freiwillige Aufgabe der Kammern, die kaufmännische und gewerb-

liche Berufsausbildung zu fördern und durchzuführen, zur gesetzlichen Pflicht. Dazu gehört auch die Prüfung des Nachwuchses. Bei der IHK Pfalz gibt es rund 260 paritätisch besetzte Prüfungsausschüsse, in denen mehr als 4.000 ehrenamtliche Prüfer arbeiten. „Ohne die Unterstützung, die freiwillige Leistung der Prüferinnen und Prüfer wären die IHK-Prüfungen in Deutschland nicht möglich. Dass es Menschen gibt, die ihr Fachwissen und ihre Freizeit zur Verfügung stellen, und dass die Unternehmen und Schulen ihre Mitarbeiter freistellen, das ist die eigentliche Leistung, die die Prüfungen erst ermöglicht“, betont Michael Böffel, Geschäftsführer Ausbildung bei der IHK Pfalz.

Bis heute ist die Ausbildung eines der wichtigsten Tätigkeitsfelder der IHK Pfalz und zusammen mit der Weiterbildung eines von sechs Geschäftsfeldern. Beratungen von Azubis, die Unterstützung der Unternehmen, Seminare für Ausbilder wie Azubis und Aktionen wie die Internetplattform www.durchstarter.de gehören dazu. ■

Gleichgeschaltet

Von der Selbstverwaltung zum Ausführungsorgan des Reichswirtschaftsministers

Nach ihrer Machtergreifung am 30. Januar 1933 gingen die Nationalsozialisten rasch an die Gleichschaltung von Parteien, Verwaltung und anderer Institutionen im Deutschen Reich. Auch die Industrie- und Handelskammern wurden gleichgeschaltet.

Adolf Hitler war kaum von Reichspräsident Paul von Hindenburg zum neuen Reichskanzler ernannt, da ging es Schlag auf Schlag. Nach der Reichstagswahl am 5. März 1933 waren sofort die Länder und Kommunen gleichgeschaltet worden. Mit dem Gleichschaltungsgesetz vom 31. März 1933 waren die Landtage und Kommunalparlamente an der Reihe. Sie wurden aufgelöst und zu nationalsozialistisch dominierten Einheitsorganen umgestaltet. Die Nationalsozialisten dehnten ihren Führungs- und Lenkungsanspruch auch auf die Wirtschaft und ihre Selbstverwaltungsorgane aus. Spitzenpositionen wurden mit Personen besetzt, die der NSDAP genehm waren.

Die IHK wird gleichgeschaltet

So beschloss das Staatsministerium des Äußeren, für Wirtschaft und Arbeit am 27. März 1933, den Präsidenten aller Kammern bis zur Durchführung der Neuwahlen Sonderkommissare beizuordnen. Diese hatten die Aufgabe, die Geschäftsführung zu überprüfen und Neuwahlen durchzuführen, „die den neuen Verhältnissen Rechnung tragen sollten“. Die erst Ende 1932 und Anfang Februar 1933 durchgeführten Ergänzungswahlen der IHK waren damit gegenstandslos geworden.

In Ludwigshafen wurde der NSDAP-Stadtrat Dr. Albert Reimann, Mitinhaber der Joh. A. Benckiser GmbH in Ludwigshafen und bereits seit 1927 Mitglied des Beirats der Kammer, am 7. April mit dieser Aufgabe betraut, um die notwendigen Gleichschaltungs-

maßnahmen bereits vor der Generalversammlung am 8. Juni in die Wege zu leiten. Beteiligt wurden sowohl der Vorstand der Kammer und Vertreter pfälzischer Wirtschaftsverbände als auch die Gauleitung der NSDAP. Alle gemeinsam einigten sich dann auf eine Gemeinschaftsliste für die Wahl.

Nach der Neuwahl zur Kammer und den Gremien am 4. Mai konstituierte sich die Generalversammlung am 8. Juni unter der Leitung Reimanns. „Industrie- und Handelskammer der Pfalz – Gleichschaltung vollzogen“ titelte der Generalanzeiger am 9. Juni 1933 und widmete dem Ereignis gleich eine ganze Zeitungsseite. Die Eröffnungssitzung wurde als „eindrucksvolle Kundgebung“ gestaltet: „Von der Stirnseite des Raumes grüßten die Farben Schwarz-weiß-rot, die Hakenkreuzflagge und die von Lorbeer umrahmten Bildnisse des Reichspräsidenten und Reichskanzlers die ... Kammermitglieder.“ Für die Regierung der Pfalz dankte Oberregierungsrat Dr. Dick dem Sonderkommissar, dass er seine Aufgabe „so sachkundig und reibungslos erfüllt habe“.

Der Zeitungsartikel dokumentiert den weiteren Ablauf der Sitzung: So wurden zunächst die neugewählten Mitglieder der Generalversammlung bekanntgegeben. Anschließend schlug Albert Reimann fünf „Führer der pfälzischen Wirtschaftsvertretungen“ zur Zuwahl vor. Dies waren:

- Dr. Hermann Oehlert (Neustadt), Vorsitzender des Verbandes pfälzischer Industrieller
- Karl Freiherr von Gienanth (Eisenberg), Vorsitzender des Landesverbandes pfälzischer Arbeitgeber
- Karl Albrecht (Kaiserslautern), Vorsitzender des Handelsschutzverbandes der Pfalz
- Wilhelm Schwarz (Ludwigshafen), Vorsitzender des Reichsverbandes deutscher Lebensmittelgroßhändler Kreis Pfalz
- Eberle (Neustadt) vom Handelsschutzverband der Pfalz

Darauf folgte eine programmatische Rede Reimanns über die Gründe und die Notwendigkeit der Neuwahl und Neubildung des Kollegiums, verbunden mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Vergangenheit. Reimann erklärte, „er habe sich bemüht, seine Aufgabe im Sinne unseres Führers Adolf Hitlers durchzuführen, d.h. der Kammer die für ihre Aufgabe unentbehr-

Die übrigen Artikel in diesem Buch beruhen auf unserem IHK-Archiv als Quelle. Unser Archiv bietet für die NS-Zeit jedoch aufgrund von Zerstörung und Beschlagnahmung nicht ausreichend Material. So lassen sich der genaue Ablauf des Gleichschaltungsprozesses und seine konkreten Auswirkungen auf die Mitglieder und Kammermitarbeiter und deren Arbeit nur lückenhaft rekonstruieren. Daher haben wir für dieses Thema weitere Quellen herangezogen, zum Beispiel das Stadtarchiv Ludwigshafen inklusive seines umfangreichen Zeitungsarchivs. Da es sich dennoch um keine wissenschaftlichen Artikel handelt, haben wir bewusst auf Fußnoten mit Quellenangaben verzichtet.

Als „Gleichschaltung“ wird in der nationalsozialistischen Terminologie die Vereinheitlichung des gesamten politischen Lebens bezeichnet, mit dem Ziel, den Pluralismus in Staat, Justiz und Gesellschaft aufzuheben und so eine Diktatur zu errichten. Demokratische Strukturen wurden zugunsten des Führerprinzips aufgehoben.

Festschmuck am Ludwigsplatz zum 50. Geburtstag Hitlers am 20.04.1939, hinter den Bäumen in der Bildmitte das IHK-Gebäude



lichen persönlichen und wirtschaftlich wertvollen Kräfte zu erhalten und andererseits den Einfluss der nationalsozialistischen Partei und damit ihrer Weltanschauung zu stärken durch Aufnahme einer möglichst großen Anzahl von Nationalsozialisten in die Kammer."

Der Leitlinie folgend, die wirtschaftlich wertvollen Kräfte zu erhalten, schlug Reimann den bereits seit 1927 amtierenden Präsidenten, Geheimrat Hermann Troeltsch, Direktor der Pfälzischen Hypothekenbank, sowie den zweiten stellvertretenden Präsidenten Dr. Fritz Feil, Direktor der Aktienbrauerei, in ihren Stellungen zur Wiederwahl vor. Er selbst wurde zum ersten stellvertretenden Präsidenten gewählt.

Und auch im Allgemeinen Ausschuss waren jetzt sechs der elf Mitglieder (zu vier waren es neun Mitglieder) Nationalsozialisten, alle von Reimann in seiner Funktion als Sonderkommissar vorgeschlagen. Dies waren: Geheimrat Dr. Troeltsch, Dr. Albert Reimann, Dr. Fritz Feil, O. Matthias, Wilhelm Schwarz - alle aus Ludwigshafen; Kommerzienrat Förster aus Frankenthal; K. Albrecht und Cl. Cäsar aus Kaiserslautern; Kommerzienrat Helffrich aus Neustadt; H. Ohr aus Pirmasens; Schnitt-Straub aus Speyer.

In seiner Rede definierte Reimann auch sein Verständnis von Gleichschaltung: Die neue Kammer sei gewählt als eine Arbeitsgemeinschaft im Sinne der nationalen Regierung und sei auf deren Grundsätze und Weltanschauung verpflichtet. Klare Worte fand er



Stadearchiv Ludwigshafen

Industrie- und Handelskammer der Pfalz

Gleichschaltung vollzogen - Geh. -Rat Troeltsch Präsident - Dr. Reimann und Dr. Feil Stellvertreter

Gröffnungsitzung

Die Gröffnungsitzung der neugewählten Industrie- und Handelskammer für die Pfalz, die gestern mittig im großen Saale der Kammer in Ludwigshafen stattfand, gestaltete sich in ihrem ganzen Verlaufe zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Von der Estrade des Saales grüßten die Farben Schwarz-weiß-rot, die Sakreuzflagge und die von Vorbezug umrahmten Bildnisse des Reichspräsidenten und Reichskanzlers die aus allen Handelsgremien der Pfalz zahlreich erschienenen Kammermitglieder.

Die Begrüßung

Die Sitzung wurde von einem Vertreter der Regierung der Pfalz, Oberregierungsrat Dr. Dietz, eröffnet, der den am Ersteinne verabschiedeten Regierungspräsidenten Dr. Dietz, der die Pfalz, die gestern mittig im großen Saale der Kammer in Ludwigshafen stattfand, gestaltete sich in ihrem ganzen Verlaufe zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Von der Estrade des Saales grüßten die Farben Schwarz-weiß-rot, die Sakreuzflagge und die von Vorbezug umrahmten Bildnisse des Reichspräsidenten und Reichskanzlers die aus allen Handelsgremien der Pfalz zahlreich erschienenen Kammermitglieder.

„Er habe“ so führte er weiter aus, „die angenehme Pflicht, im Namen der Staatsregierung dem bisherigen Kammerpräsidenten Dank und Anerkennung namens der Staatsregierung dafür zu sagen, daß er seine Aufgabe, die ihm gestellt war, so lastend und reibungslos erfüllt habe.“

Mit den Grüßen der Kreisregierung verbundene aber auch den besonderen Dank der Kammer des Innern. Diese habe bisher aus enge und vertrauensvolle mit der Industrie- und Handelskammer zusammen gearbeitet und sie hoffe, daß dies auch in Zukunft der Fall sein möge. Man habe in jeder Zeit, in der auch die Wirtschaft vor neue und große Aufgaben gestellt werde. Schon der Übergang Deutschlands zum Ständestaat habe eine ganze Reihe von Neuerungen aufgeworfen. Er habe das Gewerbetreibende übernehmen müssen, ohne die einzelnen Betriebe näher zu kennen. Er könne aber

den fast alle anderen Staaten schon vertriebt haben, d. h.: Was in Deutschland hergestellt werden kann, soll ausreichend geholt werden gegen ausländisches Goldumping.

Ziel und Zweck der Gleichschaltung

Ich habe gesagt, die deutsche Wirtschaft befindet sich im Kriegszustande. Ich meine damit die wirtschaftliche Einkreisung Deutschlands, mit der der Krieg der Welt gegen das deutsche Volk fortgeführt wird und die sich während der letzten Monate verschärft hat infolge der Wirtzierung und des Bündnisses mit den Feinden derjenigen Elemente, die im Interesse der Erhaltung der deutschen Art und des Aufbaues des völkischen Staates in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung aus ihren bisherigen Machtstellungen entfernt werden mußten. Der völkische Staat kann nicht verzichten auf die grundsätzlichen Gedanken seines Aufbaues, und wir müssen daher durch diese Gefahren hindurch, ohne uns einschüchtern oder gar blaffen zu lassen. Diskutiert werden kann nur das Tempo der Entwicklung und die Taktik.

Man hat von bestimmter Seite die Gleichschaltungsbewegung, die durch die Nationalsozialistische Partei zwecks Verdrängung und Sicherung der Grundlagen des völkischen Staates und der völkischen Wirtschaft durchgeführt wird, als eine Uniformierung des Geistes bezeichnet.

Dieser Ausdruck ist ein liberales Ausdruckel, gelegt von denen, die den Ernst der Lage noch nicht verstanden haben. Weil wir uns im Kriegszustande befinden.

hat sich der Deutsche, der die Aufgaben der nationalen und sozialistischen Revolution fördern will, als Soldat einer großen Armee zu betrachten.

Diese Wehrpflicht endete aber nicht wie die

mitwirkende nach Erreichung eines bestimmten Lebensalters, sondern sie betrifft alle Deutschen und betrifft sie auf allen Gebieten. Ehenjüngling wie der Soldat mit seinem eigenen strategischen Plan in der Tasche ausüben kann, ebenjüngling kann der wirtschaftende Deutsche, ob er Unternehmer, Angestellter oder Arbeiter sei, nach seinen eigenen individuellen Anschauungen weiterarbeiten. Er ist berechtigt mitzuberaten, wenn er dazu berufen ist. Aber er verzichtet sich nicht wieder in persönlicher noch in intellektueller Hinsicht, wenn er sich einfügt in die kämpfende Front der nationalen Revolution. Die nationale Revolution muß liegen, wenn das deutsche Volk gerettet werden soll, und dies ist der beste und tiefste Sinn der sogenannten Gleichschaltung.

Ich bitte Sie, sich von Ihren Sinnen zu erheben zur Ehre der nationalen Regierung und zum Danke an sie und zur Verpflichtung auf die von ihr ausgegebene Parole „Gemeinnus vor Eigennus“, die in Zukunft die Richtung sein soll für die wirtschaftliche Organisation und das wirtschaftliche Verhalten des deutschen Menschen, sei er Unternehmer, Angestellter oder Arbeiter. Feil küßte!

Neuwahl des Präsidenten

Anschließend löste Dr. Reimann die Wiederwahl Geheimrats Dr. Troeltsch als Vorsitzenden der Kammer mit Rücksicht auf dessen außerordentliche Verdienste vor. Entsprechend diesem Vorschlag wurde Geheimrat Dr. Troeltsch einstimmig wiedergewählt.

Geheimrat Troeltsch dankte der Versammlung für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und versprach wie bisher, so auch in aller Zukunft, nach bestem Wissen und Können seine Arbeit in den Dienst der Handelskammer zu stellen.

Eine neue Wirtschaftsethik

Anschließend hieran nahm Präsident Geheimrat Dr. Troeltsch das Wort zu einer längeren programmatischen Ansprache. Er ging dabei davon aus, daß die Leitung der Kammer in der Zeit vor Bildung der nationalen Regierung gerade dadurch, daß sie sich von der Politik fern gehalten habe, gelangt habe, den Bedürfnissen

werden künftig einen gesonderten Reichsstand bilden. Dann kommt nach der Reichshand der freien Berufe. Am ansen sind alle 5 Reichskreise vorgegeben. Wenn man bei dieser Gliederung an die italienischen Korporationen denkt, so fällt vor allem auf, daß das Gild- und Zunftwesen jetzt es auf Grund des Um-

Nur noch Altmetall

Mit einem „brandenden Hoch auf den Gefeierten“ fiel am 12. März 1899 die Hülle von einer Gedenktafel im großen Sitzungssaal der IHK. Die dem Zeitgeschmack entsprechend reich verzierte Bronzetafel in „großartiger, künstlerischer Ausführung“ war ein Dankesgeschenk der Pfälzer Unternehmer an ihren Ex-Präsidenten August von Clemm (links), der 21 Jahre lang, von 1877 bis 1898, die Konstante an der Spitze der Kammer in der Kaiserzeit gewesen war. 620 Mark hatte der Spendenaufwurf erbracht – genug, um die Rechnung des Pfälzischen Gewerbemuseums Kaiserslautern zu bezahlen, in dessen Atelier die Tafel hergestellt wurde. Als „bleibendes Erinnerungszeichen“ an Clemms Präsidentschaft gestiftet, überlebte die Tafel allerdings den Zweiten Weltkrieg nicht, sondern musste abgeliefert werden und wurde eingeschmolzen.



für die Aufgaben der Kammer: Diese habe den Sieg der neuen Wirtschaftsgesinnung durch alle Berufsstände hindurch zu erkämpfen. Auch an seiner regimetreuen Gesinnung ließ der NSDAP-Stadtrat im weiteren Verlauf der Rede keinen Zweifel aufkommen.

„Mit einem nochmaligen Appell zur Mithilfe an dem Aufbau der pfälzischen Wirtschaft schloss dann Präsident Geh. Rat Dr. Troeltsch die einmütig verlaufende Sitzung“, so der Artikel. Mit der Durchführung der Wahlen und der Bildung des Präsidiums der Kammer war Reimanns Funktion als Sonderkommissar erloschen.

Aufruf zur Beschäftigung von Wohlfahrtsfürsorge-Empfängern

Wie schnell die Ludwigshafener Kammer zum Sprachrohr der neuen Machthaber wurde, zeigt ein Schreiben der IHK im April 1933. Darin bat die Kammer die Ludwigshafener Firmen, im April 1.000 Wohlfahrtsfürsorge-Empfänger für mindestens sechs Monate einzustellen. Damit gab sie einen entsprechenden Aufruf von Gauleiter Josef Bürckel weiter. „Wir glauben sagen zu können, dass die nationale Regierung der privaten Wirtschaft eine ruhige Entwicklung sichert und alles dransetzen wird, den darniederliegenden Betrieben zu helfen. Von Seiten der Wirtschaft besteht unter diesen Umständen die Pflicht, auch ihrerseits alles zu tun, was geeignet erscheint, die Bestrebungen der nationalen Regierung zu fördern“, schrieb die Kammer.

Es gilt das Führerprinzip

Mit der Verordnung vom 20. August 1934 unterstand die Ludwigshafener Kammer dann wie alle Kammern im Deutschen Reich der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers. Es galt das Führerprinzip: Der Kammerpräsident wurde nicht mehr frei gewählt, sondern zusammen mit seinen Stellvertretern vom Reichswirtschaftsminister ernannt. Ein vom Präsidenten berufener und vom Minister bestätigter Beirat, der aus 57 Mitgliedern bestand, ersetzte die gewählte, ebenfalls 57-köpfige Vollversammlung. Eine demokratisch verfasste IHK, die sich selbst verwaltete, gab es damit nicht mehr. Die Kammern waren zu Ausführungsorganen des Reichswirtschaftsministers geworden und mussten die straff gelenkte Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten vor Ort unterstützen und umsetzen. Dieser Übergang zum Führergrundsatz spiegelte sich auch in einer neuen Kammersatzung, die am 21. Januar 1935 in Kraft trat.

Außerdem führten die Nationalsozialisten im November 1934 mit den Wirtschaftskammern eine neue Organisation der gewerblichen Wirtschaft ein, in denen die IHKs, die Handwerkskammern und die Wirtschaftsgruppen auf regionaler Ebene zusammengeführt wurden. 1937 übernahm Albert Reimann das Präsidentenamt der IHK von Troeltsch, der den Vorsitz auf eigenen Wunsch aufgab. Albert Reimann stand der Kammer dann vier Jahre lang bis 1941 vor. Zu den Gründen für seine Amtsaufgabe gibt es im IHK-Archiv keine Hinweise. Carl Wurster übernahm die IHK-Präsidentschaft, die er bis zum Kriegsende innehatte. ■

„Ein geschlossenes Bollwerk des Grenzbezirks der Westmark“

Wirtschaftskammer ersetzt IHK

Zwei Jahre vor Kriegsende hörte die IHK für die Pfalz auf zu bestehen: Sie wurde genau wie Handwerkskammern, Wirtschaftsgruppen und die 1934 gegründete Wirtschaftskammer aufgelöst und in die Gauwirtschaftskammer überführt. Die Nationalsozialisten legten die konstituierende Sitzung ausgerechnet mit der Feier des 100-jährigen Bestehens der Kammer zusammen und vereinnahmten damit die lange Tradition der Pfälzer Industrie- und Handelskammer für sich.

„Hundert arbeitsreiche und mühevollen Jahre waren vergangen, als sich in den Mittagsstunden des Freitag der Beirat der Wirtschaftskammer Ludwigshafen im Vortragssaal der I.G. Farben zu einem ehrenvollen Rückblick zusammenfand.“ Mit diesen Worten begann ein Zeitungsartikel, der über das 100-jährige Bestehen der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz in Ludwigshafen am Rhein berichtete. Allerdings hörte die hoch gelobte Einrichtung, die da am 30. April 1943 gefeiert wurde, mit dieser Feierstunde zu bestehen auf. Denn an ihre Stelle trat die Wirtschaftskammer Ludwigshafen als „Ableger“ der Gauwirtschaftskammer, in die die IHK für die Pfalz und die Handwerkskammer der Pfalz überführt worden waren.

Gauwirtschaftskammerverordnung als Grundlage

Die Grundlage für die Auflösung der IHK bildete die Gauwirtschaftskammerverordnung vom 20. April 1942, mit der die

Kammerorganisation der deutschen Wirtschaft aufgelöst wurde. Die IHKs, Handwerkskammern und Wirtschaftsgruppen wurden in 42 Gauwirtschaftskammern überführt, die sich mit den politischen Gauen decken sollten. Unverändert galt das Führerprinzip – Präsident und Vizepräsident der Wirtschaftskammer wurden vom Reichswirtschaftsminister eingesetzt. Diese Umorganisation wurde vorgenommen, um die Wirtschaftsabläufe zu vereinfachen und gleichzeitig die Kräfte der gewerblichen Wirtschaft zusammenzufassen und um die Leistungen in der Rüstungswirtschaft zu steigern.

Die Gauwirtschaftskammern übernahmen die Rolle von regionalen Führungsstellen der Wirtschaftsorganisation und unterstützten damit den Staat in seiner Wirtschaftsführung. Für den Gau Westmark, also die Pfalz, war nun die Gauwirtschaftskammer Westmark mit dem Sitz in Saarbrücken zuständig. Gleichzeitig gab es ab dem 1. Januar 1943 auch die 16 Pfälzer Industrie-

und Handelsgremien nicht mehr. Die Gauwirtschaftskammerverordnung bot allerdings die Möglichkeit, Zweigstellen einzurichten. Die Wirtschaftskammer Ludwigshafen nutzte dies und richtete Zweigstellen in Kaiserslautern, Neustadt und Pirmasens ein.

Ein Stück Eigenständigkeit

Beinahe wäre Ludwigshafen selber nur eine Zweigstelle der Gauwirtschaftskammer Westmark in Saarbrücken geworden, wenn nicht der alte und neue Kammerpräsident Carl Wurster sich vehement für den Status einer Wirtschaftskammer der Ludwigshafener Kammer eingesetzt hätte.

Carl Wurster, Vorstandsmitglied der I.G. Farben und seit dem 22. Mai 1941 Präsident der Kammer, dankte Gauleiter Josef Bürckel am 31. Dezember 1942 in einem Brief für seine erneute Berufung und das Vertrauen. Er versicherte Bürckel, „dass die Wirtschaft der Pfalz auch im neuen Kleid stets zu ihrer treuen Gefolgschaft



Prof. Dr. Carl Wurster (4.v.l.)
mit Rüstungsminister Albert Speer (2.v.r.)
bei einem Kurzbesuch der Werksanlagen
der I.G. Farben in Ludwigshafen im Juni 1944

© Stadtarchiv Ludwigshafen

gehören und sich in erster Linie ihrer verantwortungsvollen Aufgabe im Lebenskampf unseres Volkes bewusst sein wird.“

Wirtschaft für den Sieg

Die neue Wirtschaftskammer Ludwigshafen sei „ein geschlossenes Bollwerk des Grenzbezirks der Westmark“, habe zugleich aber offene Türen „nach dem Reich und nach dem benachbarten Mannheim“ – dieses Bild malte Carl Wurster dann in seiner Rede bei der konstituierenden Sitzung der Wirtschaftskammer Ludwigshafen am Rhein. Alle Kräfte der Wirtschaft, so Wurster, seien auf ein Ziel ausgerichtet, das nur dem Sieg des deutschen Soldaten dienen dürfe. Und so waren es auch „erst die Notwendigkeiten der Kriegswirtschaft“, die zu einer völligen Neuordnung des Kammerwesens führten, wie Hauptgeschäftsführer A. Kopsch in einem Artikel am 30. April 1943 schrieb. „Von der Interessenvertretung zum Dienst am Volksganzen“ lautete der Titel. ■

Kammerangehörige im „grauen Rock“

Auch IHK-Mitarbeiter, im NS-Jargon „liebe Arbeitskameraden“ genannt, mussten im Zweiten Weltkrieg Wehrdienst leisten. Elf Männer waren es 1943 und 1944, von denen einer seit Stalingrad vermisst war. Die IHK hielt durch Briefe Kontakt zu ihren Mitarbeitern. Mit mehreren Monaten Abstand wurden die Kollegen an der Front mit Neuigkeiten über ihre Soldatenkollegen und aus Ludwigshafen sowie der Kammer versorgt. Etwa über das im September 1943 bis zur Kellerdecke ausgebrannte Kammergebäude. Oder über die immer schwerer werdende Arbeit im Dezember 1944, als die Front immer näher rückte und die Schäden durch Fliegerangriffe zunahmen. Auch die Soldaten, die „Angehörigen der Kammer im grauen Rock“, schrieben an die Kammer und berichteten über ihren Alltag und ihre Erlebnisse im Krieg. Oder kamen bei einem Heimaturlaub persönlich vorbei. Zum Kriegsende hin wurden die Soldatenbriefe immer spärlicher.

Arbeitsschlacht und Piano-Front Kreative Ideen gegen die Arbeitslosigkeit

Arbeitsschlacht gegen Arbeitslosigkeit: Weit über sechs Millionen Erwerbslose zählte Deutschland am Ende der Weimarer Republik. Diese Not der Menschen nutzten die Nationalsozialisten für ihre Propaganda. Adolf Hitler versprach Brot und Arbeit. Gigantische Arbeitsbeschaffungsprogramme sollten die Menschen von der Straße holen, „Arbeitsschlachten“ wurden geschlagen.

„Unsere Aufgabe heißt: Arbeit, Arbeit und nochmal Arbeit“, verkündete Adolf Hitler im Juli 1933. Im gleichgeschalteten Deutschland waren natürlich auch die Kammern an der Durchführung der Arbeitsschlacht beteiligt. Und so gab auch die IHK Pfalz noch im selben Monat einen Aufruf zur Arbeitsbeschaffung heraus. Seit Wochen, so hieß es da, habe „der Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit auf der ganzen Linie eingesetzt“.

Dieser „Generalangriff“ beinhaltete große öffentliche Mittel für die Beschäftigung von Arbeitslosen. Die Privatwirtschaft erhielt Steuererleichterungen, um die Produktion zu steigern, und wurde aufgefordert, möglichst viele Arbeitskräfte einzustellen und Aufträge zu vergeben. Die IHK rief in einem

Rundschreiben alle Mitgliedsunternehmen auf, diesen Aufruf nach besten Kräften zu unterstützen, damit „das von unserem Kanzler gesteckte Ziel der Unterbringung der Arbeitslosen sobald als möglich erreicht wird“. Da die Arbeitsbeschaffung vor allem durch eine gigantische Aufrüstung erreicht wurde, konnte die Pfalz davon nicht profitieren. Denn sie litt noch immer unter den Folgen des Ersten Weltkriegs: In der entmilitarisierten Zone links des Rheins durften keine militärischen Güter produziert werden.

Konkrete Ideen zur Arbeitsbeschaffung

Daher bat die Pfälzer Kammer ihre Mitglieder im Juli 1933 um Hinweise auf geeignete Projekte zur Arbeitsbeschaffung. Die

eingereichten Ideen zeugten vom großen, manchmal allerdings eher etwas verzweifelt klingenden Ideenreichtum der Pfälzer Unternehmerschaft. So wurde nicht nur vorgeschlagen, neue Straßen zu bauen oder das Maudacher und Neuhofer Bruch trocken zu legen und für Wohnzwecke oder Gartenbau zu verwenden. Auch die Errichtung einer neuen Talsperre im Lautertal oder einer Groß-Tankstelle in Neustadt auf einem bahneigenen Kartoffelacker gehörten zu den Vorschlägen. Ebenso die Gründung einer Metallwarenfabrik, die sich auf Metallgrabkränze spezialisieren sollte, was allerdings sofort wieder verworfen wurde.

Die verzweifelte Suche nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten wirkte in der Rückschau manchmal unfreiwillig komisch, wenn etwa die „Piano-Front“ in genau 44

Punkten im November 1933 Anregungen und Vorschläge zur Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungs-Programms auflistete. Die Ideen der „Piano-Front“, also der Piano-, Flügel-, Harmonien- & Bestandteil-Industrie, reichten von der Mehrein- stellung von Musikern über die Einführung eines Tags der deutschen Hausmusik und der Unterstützung einer Weltmusikausstel- lung in Berlin bis hin zur Verpflichtung von Brauereien, den belieferten Lokalen ein Klavier zur Verfügung zu stellen. ■

Arbeitsdank

„Arbeitsdank“ ist ein sprechender Organisationsname, wie so oft bei den National- sozialisten. Es handelte sich dabei um einen Verein, der bei der Dienststelle der Deutschen Arbeitsfront angesiedelt war. Er kümmerte sich um ehemalige Arbeits- männer, also Personen, die Arbeitsdienst geleistet hatten. Dieser war seit Juni 1935 Pflicht für junge Männer. Der Arbeitsdank unterstützte die Arbeitsmänner in Notla- gen finanziell und hatte sich vor allem ihre Eingliederung in das Arbeitsleben auf die Fahnen geschrieben. Da es sich bei dem Verein um eine reine Selbsthilfeorganisation handelte, war jeder Volksgenosse zur Mitgliedschaft aufgerufen. Gauleiter Bürckel ging „in Anbetracht der wichtigen Mission des Arbeitsdankes“ mit gutem Beispiel voran und hatte die Ehrenmitgliedschaft angenommen. Auch die IHK begrüßte die Ziele des Arbeitsdanks und rief alle Mitgliedsunternehmen auf, die Ziele des Vereins zu unterstützen und Mitglied zu werden.



Ludwigstrafen: Ludwigplatz

Die „Entjudung“ der Wirtschaft

Systematische Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben

Schon 1933 begannen die Nationalsozialisten mit einem konsequenten Verdrängungsprozess der Juden aus Wirtschaft und Gesellschaft. Staatliche Stellen, Partei und auch wirtschaftliche Verbände und Kammern arbeiteten dabei zusammen, gestützt auf einen breiten Konsens in der Bevölkerung, versprach die „Entjudung“ der Wirtschaft doch beträchtliche Gewinne und die Ausschaltung lästiger Konkurrenz.

Wie früh die Boykottmaßnahmen losgingen, zeigt eine Beschwerde der Kaiserslauterer Firma B. Schweinter und Co vom 22. März 1933. Das Unternehmen beklagte, dass seit etwa zwölf Tagen der Haupteingang ihres Geschäftes fast ununterbrochen von drei bis vier Männern besetzt sei, die Hakenkreuzarmbinden und ein Schild mit der Aufschrift „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“ trugen.

Anfangs gab es noch vereinzelte Stimmen gegen die Boykottierung der jüdischen Geschäfte. So machte die Pirmasenser Schuhindustrie im März 1933 darauf aufmerksam, dass diese Aktion den Schuhhandel zur Zurückhaltung im Einkauf zwingen werde, denn der Schuh-Einzelhandel und ein großer Teil der Warenhäuser befänden sich in jüdischen Händen. Auch Unternehmen der Pfälzer Textilbranche sahen ihren Absatzmarkt durch die Boykottmaßnahmen bedroht, da 70 Prozent der Geschäfte in jüdischer Hand seien. Sie befürchteten einen Still-

stand ihres Betriebes. „Andernfalls würden letzten Endes nicht die einzelnen jüdischen Geschäfte, sondern die christlichen Fabrikanten und Lieferanten sowie die christlichen Arbeiter und Angestellten der Fabriken die Leidtragenden sein,“ warnten sie in einem Schreiben an die Kammer.

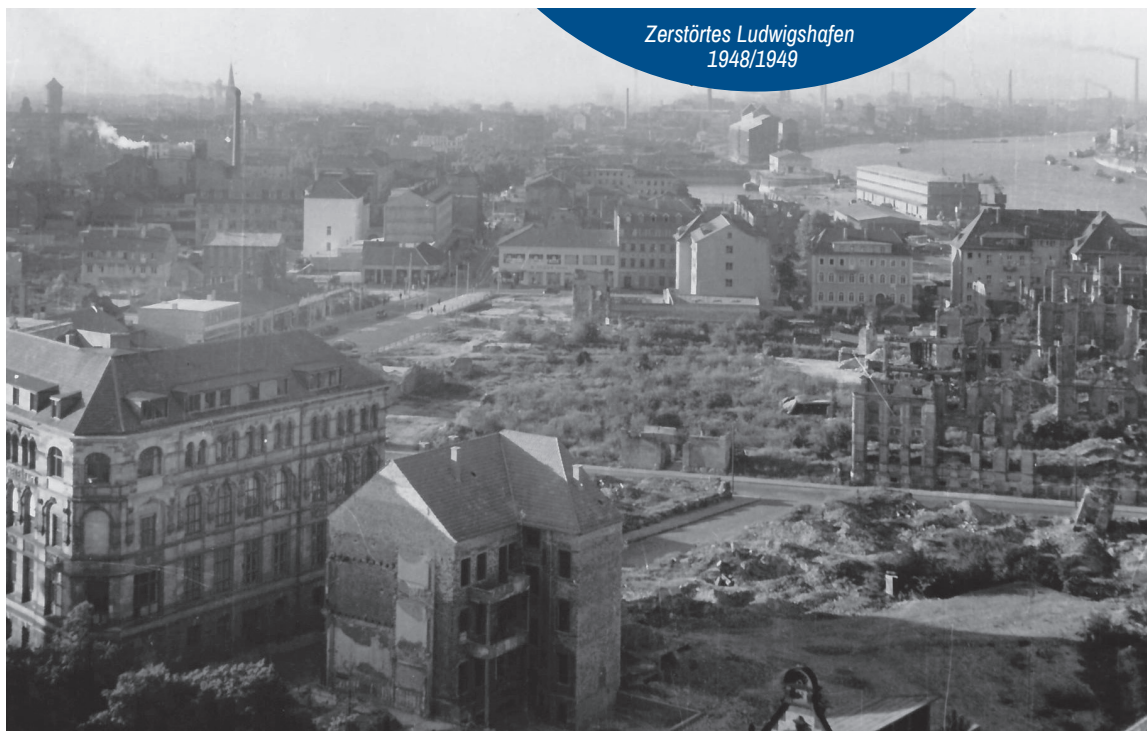
Geschäftsverbot für Juden

Gesetze, Verordnungen, Boykotte und organisierter „Volkszorn“ mündeten schließlich in das Novemberpogrom von 1938. Am 12. November 1938 gab Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ bekannt. Ab dem 1. Januar 1939 war Juden „der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks“ untersagt.

Am 18. November folgte ein weiterer Erlass des Reichswirtschaftsministers,

der konkrete Anweisungen zur Umsetzung enthielt, etwa die grundsätzliche Prüfung, ob überhaupt ein volkswirtschaftliches Interesse für die Aufrechterhaltung eines ehemals jüdischen Betriebes unter nichtjüdischer Leitung besteht. Für diese Prüfung, die „zur Beschleunigung“ direkt vor Ort in gemeinsamen Besprechungen und ohne Schriftverkehr erfolgen sollte, waren die Kammern bzw. in der Pfalz die 16 Industrie- und Handelsgremien zuständig.

1938 gingen immer wieder Anfragen verschiedener staatlicher Stellen, etwa der Reichsbeauftragten für unedle Metalle, für Eisen und Stahl, der Überwachungsstellen für Kautschuk und Asbest oder Papier in der Ludwigshafener Geschäftsstelle ein, die um Auskunft baten, ob bestimmte Unternehmen „als jüdische Unternehmen anzusehen sind“. Die IHK leitete die Anfragen an die Industrie- und Handelsgremien weiter, die dies vor Ort prüften. Ein administrativer Vorgang, der auch die Pfälzer Kammer zu einem Rad in der Maschinerie der Diktatur machte. ■



Zerstörtes Ludwigshafen
1948/1949

Wie die Heringe

Ausgebombt: die schwierige Suche nach Büroräumen

Es war der schwerste Luftangriff auf Ludwigshafen: In der Nacht vom 5. auf den 6. September 1943 wurde mit dem größten Teil der Ludwigshafener Innenstadt auch das IHK-Gebäude am Ludwigsplatz zerstört und brannte bis auf die Kellermauern nieder. Schon im August waren die Buchhaltung und die Beitragsabteilung nach Neustadt ausgelagert worden, nun folgten die Sachdezernate Wehrwirtschaft und Berufsausbildung. Die Hauptgeschäftsführung blieb mit den übrigen Dezernaten in Ludwigshafen und musste bis Kriegsende insgesamt sechsmal umziehen, da jeder neue Unterschlupf schon bald wieder von Bomben getroffen wurde. Bei Kriegsende hatte die Geschäftsstelle der Kammer ihren Sitz im Keller des zerbombten Gebäudes der Bayerischen Notenbank in der Bismarckstraße. Schwierige Arbeitsverhältnisse, wie man sich denken kann, die auch nach Kriegsende nicht viel besser wurden. Hier erhielt die Kammer zunächst Asyl im Amtsgericht, dann in einem Bürogebäude der Firma Halberg Maschinenbau, wo man „wie die Heringe“ zusammensaß, wie Präsident Dr. Bernhard Landmesser dem Oberbürgermeister 1946 schrieb. Am 28. März 1952 war es dann endlich so weit: der Kammerneubau am Ludwigsplatz wurde eingeweiht.

Mit Beethoven in die Zukunft

Neubeginn 1945/46

Wohn- und Arbeitsstätten zerstört, Not und Elend überall, die Wirtschaft der Pfalz in ihren Grundfesten erschüttert – das war die Situation nach der Kapitulation von Nazi-Deutschland am 8. Mai 1945. Trotz der desolaten Situation arbeitete die Ludwigshafener Kammer fast ohne Pause weiter. Bereits am 2. Juni 1945 nahm sie mit Genehmigung der Militärregierung auch offiziell ihren Betrieb wieder auf – zunächst allerdings nur provisorisch. Die eigentliche Konstituierung folgte nach Neuwahlen am 3. Juni 1946.

Bis in die letzten Kriegstage hinein hielt die Wirtschaftskammer Ludwigshafen, in die die IHK 1943 überführt worden war, den Geschäftsbetrieb aufrecht. Allerdings unter schwierigsten Umständen: Die Geschäftsstelle hatte zuletzt in zwei Kellerräumen des zerbombten Gebäudes der Bayerischen Notenbank in der Bismarckstraße Unterschlupf gefunden. Es gab keinen Strom, gearbeitet wurde bei Petroleumlicht.

Nach der Besetzung der Stadt Ludwigshafen am 23. März 1945 belegten amerikanische Truppenangehörige für einige Tage die Räume. Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer Dr. Kopsch musste die Tresorräume öffnen. Unterlagen, die mit dem Krieg zu tun hatten, nahmen die Amerikaner mit.

Kammer arbeitete bereits im April 1945 wieder

Anfang April nahm die Kammer ihre Tätigkeit in zwei gemieteten Büros im Amtsgericht Ludwigshafen wieder auf. Hier arbeiteten zunächst nur zwei Mitarbeiter – der stellvertretende Hauptgeschäftsführer Dr. Kopsch und ein Angestellter namens

Bitz. „Meine Aufgabe bestand hauptsächlich in der Ausstellung von Bescheinigungen zur Erlangung von Passierscheinen sowie Befürwortung von Passierscheinanträgen“, berichtete dieser rückblickend zehn Jahre nach Kriegsende. Denn ohne diese Scheine durfte man die Stadt nicht verlassen.

Der Arbeitsalltag war schwierig – Post und Telefon funktionierten nicht, die Dienstwagen der Kammer waren defekt. Reisen zur Militärregierung nach Neustadt konnten nur per Bahn und in defekten Güterwagen stattfinden. Auch der innere Aufbau des Büros erforderte viele Mühen, waren doch Mobiliar und Arbeitsmaterialien durch die Bombenangriffe zerstört und kaum neu zu beschaffen.

Begehrte Anlaufstelle

Dabei mehrten sich die Anfragen von einzelnen Dienststellen der Militärregierung wie auch deutschen Stellen von Tag zu Tag. Bereits Ende April beauftragte die Militärregierung die Kammer mit einer ersten Erhebung unter allen Ludwigshafener Betrieben, in denen es um den Grad der Einsatzfähigkeit der Unternehmen,



ihre Mitarbeiterzahl und vorhandene Vorräte an Rohstoffen und Produkten ging. Auf der Grundlage dieser Auskünfte sollten die Unternehmen eine vorläufige Produktionsgenehmigung erhalten. In dieser ersten Zeit nach Kriegsende erledigte die Kammer übergangsweise auch die Geschäftsführung für verschiedene Pfälzische Verbände und Vereinigungen.

Im Juni konnte die Kammer in größere Büroräume bei der Firma Halberg in Ludwigshafen-Süd ziehen und beschäftigte schon wieder rund 25 Mitarbeiter. Die Kammer durfte jetzt selber Passierscheine ausstellen – über 100 Stücke waren es pro Tag. Eine ihrer Hauptaufgaben war der monatliche Bericht an die Militärregierung über die Lage in Ludwigshafen – natürlich zweisprachig auf Französisch und auf Deutsch.

Ein provisorischer Präsident

Um die Kammer möglichst schnell wieder arbeitsfähig zu machen, installierten die Militärregierung und das Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar am 2. Juni einen zwölfköpfigen Beirat der

Neugründung des DIHT

Es war eine Initiative der Arbeitsgemeinschaft der IHKs in Rheinland-Pfalz, die kurz vor der Konstituierung der Bundesrepublik im August 1949 die Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft der IHKs des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und deren Umbenennung in „Deutscher Industrie- und Handelstag“ (DIHT) beantragten. Am 26. und 27. Oktober 1949 trat daraufhin die erste Vollversammlung aller Kammern im Ludwigshafener Raschigsaal zusammen. Dabei gründeten die 66 IHKs der Bizone und die 13 IHKs der französischen Besatzungszone die Dachorganisation aller Kammern neu. Mit dabei waren Bundespräsident Theodor Heuss, Wirtschaftsminister Ludwig Erhard und Ministerpräsident Peter Altmeier. Der DIHT hatte seinen Sitz zunächst in Frankfurt und zog 1950 in die Bundeshauptstadt Bonn um.

Industrie- und Handelskammer für die Pfalz
in Ludwigshafen am Rhein

PROGRAMM

*zur Feier der Neukonstituierung der
Industrie- und Handelskammer für die Pfalz*

am **Dienstag, den 18. Juni 1946, vorm. 11 Uhr**, in den Räumen
des I. G.-Gesellschaftshauses in Ludwigshafen a. Rh., Woelerstraße 15

1. **Adagio aus Streichquartett op. 18/1**
von Ludwig van Beethoven
vorgetragen vom Stamitz-Quartett
2. **Vorstellung des Präsidenten, der Vizepräsidenten
und des Beirates durch den Oberregierungs-
präsidenten Herrn Dr. Eichenlaub**
3. **Ansprache des Herrn Vertreters der Militärregierung**
4. **Streichquartett G-Dur von Jean François**
vorgetragen vom Stamitz-Quartett
5. **Ansprache des Herrn Präsidenten der Industrie- und
Handelskammer für die Pfalz**
6. **Finale aus Streichquartett c-moll op. 51/1**
von Johannes Brahms
vorgetragen vom Stamitz-Quartett

Kammer, der aus seiner Mitte als ersten Nachkriegspräsidenten Otto Ferdinand Edler von Riss, Direktor der Gienanthschen Werke in Eisenberg, wählte. Vizepräsidenten wurden Direktor Dr. Ernst Fernholz (Firma Halberg, Ludwigshafen), Direktor Dr. Bernhard Landmesser (Firma Knoeckel, Schmidt & Cie in Lambrecht) und Kaufmann Walter Baer aus Neustadt.

Der Beirat und die Wahlen hatten einen „rein provisorischen Charakter“, wie im Protokoll zu lesen ist. Denn einmal waren nicht alle Wirtschaftszweige im Beirat vertreten. Zum anderen strebte die Militärregierung so schnell wie möglich Wahlen zu allen IHK-Gremien an. Die Amtszeit des vorläufigen Präsidiums sollte daher so lange dauern, bis eine allgemeine Wahl möglich wurde.

Ludwigshafen bleibt Kammersitz

Die wiedergegründete IHK hatte ihren Sitz weiterhin in Ludwigshafen und umfasste das Gebiet der Pfalz. Allerdings war im Vorfeld heiß diskutiert worden, ob nicht Neustadt zum neuen

Kammersitz werden könnte. Als Kompromiss richtete die IHK in Neustadt eine Statistische Abteilung ein und unterhielt Zweigstellen in Kaiserslautern, Neustadt und Pirmasens - wie zuvor schon die Wirtschaftskammer. Die verschiedenen Zweige der Industrie und des Handels schlossen sich innerhalb der Kammer zu Fachgruppen zusammen.

Alle gewerblichen Betriebe mit Ausnahme von Handwerk und Landwirtschaft gehören der Kammer an. Dies waren 1945 in der Pfalz 4.200 handelsgerichtlich eingetragene Firmen und rund 20.000 nicht eingetragene Betriebe. Nach Ludwigshafen bildeten sich auch in Mainz, Worms und Bingen wieder IHKs. Die Kammern behielten ihren öffentlich-rechtlichen Charakter und übernahmen in zunehmendem Maße Selbstverwaltungsaufgaben.

Feierstunde mit Beethoven

Nachdem im Laufe des Jahres 1945 das gesamte Kammergebiet der französischen Besatzungsmacht unterstellt worden war, ordnete die französische Militärregierung am 3. Juni 1946 die Reorganisation der IHKs an. Mit einer Feierstunde im Gesellschaftshaus der I.G.-Farben und zu den Klängen von Beethoven konstituierte sich die IHK Pfalz in Ludwigshafen dann am 18. Juni neu und wurde in Anwesenheit der Vertreter der Militär-Regierung und des Oberregierungspräsidenten feierlich eröffnet. Auf Vorschlag des Oberregierungspräsidenten wurde Bernhard Landmesser von der Militärregierung zum Präsidenten ernannt, zuvor hatte der 36-köpfige Beirat aus seinen Reihen die Vizepräsidenten gewählt: für Ludwigshafen Hermann Fernholz (Firma Halberg), für Kaiserslautern Karl Pallmann (Firma K. Pallmann) und für Pirmasens Heinrich Hofmann (Firma Erika Schufabrik).

Der Beirat der Kammer beschloss die neue Satzung der Kammer am 5. November 1946, die Militärregierung genehmigte diese am 20. November. Damit hatte die Kammer wieder ein festes Fundament für ihre Arbeit. ■

„Ein fast aussichtslos erscheinender Kampf gegen Not, Hunger und Zwang“

Die Situation der Pfälzer Wirtschaft nach dem Krieg

1948 war bei der IHK Pfalz schon wieder Arbeitsnormalität eingeleitet. Da wurden mündliche und schriftliche Auskünfte in Firmen- und Handelsregisterangelegenheiten erteilt, Bescheinigungen ausgestellt, Schriftwechsel bearbeitet. Und immer wieder Statistiken zur Situation der Wirtschaft nach dem Krieg erstellt.

Diese war, wie man sich leicht vorstellen kann, nicht rosig. Der Bombenkrieg hatte die meisten Unternehmen in Schutt und Asche gelegt, Arbeitskräfte waren im Krieg gefallen oder noch in Gefangenschaft. Zudem durften die Unternehmen in der französischen Besatzungszone keine Rohstoffe aus der Bizone oder dem Ausland importieren, sondern konnten nur auf französische Produkte zurückgreifen. Dies erschwerte die Herstellung vieler Waren oder machte sie sogar unmöglich.

Mangel überall

Wie desolat die Situation war, zeigt ein Bericht der IHK zur Lage der Industrie in Ludwigshafen vom Februar 1946. Detailliert wird für jeden Betrieb aufgelistet, woran es mangelte. Da fehlten Malz und Hopfen, Kohlen und Gas, Holz und Zement und natürlich auch die Arbeitskräfte.

Viele Betriebe standen ganz oder zeitweise still. Zwar waren schon wieder rund 25.000 Menschen in der Ludwigshafener Industrie beschäftigt, doch waren davon fast 40 Prozent mit Wiederaufbauarbeiten im eigenen Betrieb beschäftigt. „In der eigentlichen Erzeugung ist erst ein Anteil von 45 Prozent des Arbeitseinsatzes im Jahre 1938 erreicht“, heißt es in dem Bericht.

Hinzu kam die Demontage vieler Industrieanlagen. Die betroffenen Betriebe wendeten sich im Mai 1946 an die IHK und beklagten die Situation – bedeutete die Beschlagnahme doch häufig einen totalen Stilllegung der Unternehmen, zumindest aber einen erheblichen Produktionsrückgang – und das in einer wirtschaftlich sowieso angespannten Lage. Die Demontage hatte auch Auswirkungen auf die Ernährung. Die Pfalz als „Zuschussgebiet“, die ihre Bevölkerung nicht allein

ernähren konnte, war auf Importe von Nahrungsmitteln angewiesen. Diese wiederum konnten nur durch Exporte heimischer Produkte bezahlt werden, die nun nicht mehr zur Verfügung standen. Ein Teufelskreis.

„Die Leute können oftmals nicht mehr“

Die Missernte des Jahres 1947 verschärfte die Lage noch. „Die Unterernährung der Arbeiterschaft hat sich derart verheerend ausgewirkt, dass die Arbeitsleistung eines willigen Arbeiters vielfach auf ein Drittel der früheren Normalleistung zurückgefallen ist. Die Leute können oftmals nicht mehr!“, beklagte IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Max Zahn am 1. November 1947 in seinem Wirtschaftsbericht für die ersten drei Quartale 1947. „Wenn wir allerdings die ersten Jahre nach dem Weltkrieg 1914/18 mit den Jahren 1945/47 vergleichen, dann dünken uns diese ersten Nachkriegsjahre nach dem Zusammenbruch 1918 fast wie glückliche Kinderspieljahre, gemessen an dem unendlichen Leid, das uns die Zeit seit der bedingungslosen Kapitulation im Jahre 1945 beschert hat.“ Es sei ein fast aussichtslos erscheinender Kampf gegen Not, Hunger und Zwang, fasste Zahn die Situation zusammen. ■

„Bereinigung der Wirtschaft von jeglichem nationalsozialistischem Einfluss“

Die Entnazifizierung der Wirtschaft und der IHK

Eng verbunden mit dem demokratischen Neubeginn Nachkriegsdeutschlands war die politische Säuberung, die Entnazifizierung. In Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sollte die nationalsozialistische Ideologie ausgerottet und deren Anhänger und Repräsentanten zur Verantwortung gezogen werden. Die Alliierten begannen direkt nach der Besetzung Deutschlands im Frühjahr 1945 mit der Umsetzung, so auch in der Pfalz.

Wie zuvor schon die Nationalsozialisten, so nutzten auch die Alliierten die IHKs und deren Vernetzung mit der Wirtschaft vor Ort für ihre Belange. So forderte die Militärregierung am 29. Mai 1945, also nur wenige Tage nach der Kapitulation von Nazi-Deutschland, die Wirtschaftskammer Ludwigshafen auf, sofort von allen Direktoren und Schlüsselkräften in der Wirtschaft Fragebogen zur Entnazifizierung ausfüllen zu lassen. „Schlüsselfunktion“ interpretierte die Ludwigshafener Kammer so, dass damit alle Vorgesetzten gemeint seien, also auch Gruppenführer und Meister.

Im weiteren Verlauf des Jahres beauftragten der Regierungspräsident und die Militärregierung die IHK Pfalz dann, die „Bereinigung der Wirtschaft von jeglichem nationalsozialistischem Einfluss“ vorzunehmen. Dazu sollten die Leiter industrieller Firmen, also Vorstandsmitglieder

und Prokuristen, überprüft werden. Zwei eng bedruckte Seiten enthielten die Richtlinien für die Prüfung. Es mussten etwa alle Personen entlassen werden, die schon vor dem 1. April 1933 NSDAP- oder SA-Mitglieder waren, jemals Mitglied der SS oder Offizier der HJ oder Offizier des Reichsarbeitsdiensts (RAD) gewesen waren, ferner alle, die für die Nazis besonders aktiv tätig waren. Grundsätzlich galt, dass die Richtlinien umso schärfer anzuwenden waren, je höher und verantwortungsvoller die Stellung des Betroffenen war; vor allem für Menschen, die mit Hilfe des Systems Karriere gemacht hatten.

Auch IHK-Mitarbeiter wurden entnazifiziert

Der politische Säuberungsprozess machte natürlich auch bei den Mitarbeitern der IHK Pfalz nicht Halt. Im Januar 1946 schickte das Oberregierungspräsidium Pfalz-Hes-

sen, Abteilung Wirtschaft, Handel und Verkehr, an das Präsidium, den Beirat und die Angestellten der Kammer Fragebögen. Es

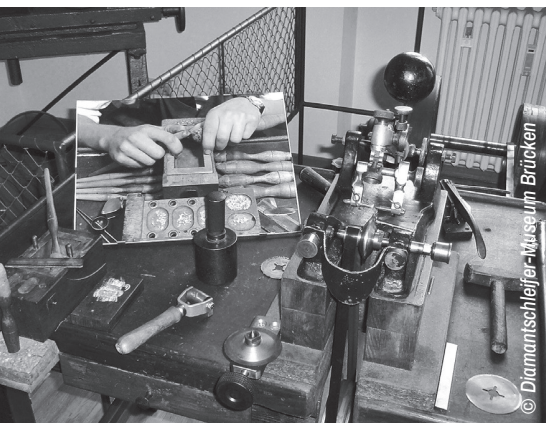
Die Nase vorn

Als die IHK Pfalz am 2. Juni 1945 trotz der schwierigen Lage ihre Arbeit wieder aufnahm, war sie damit deutlich schneller als die bayerischen Schwesterkammern. Das bayerische Wirtschaftsministerium ließ erst mit seiner Anordnung vom 25. Oktober 1945 sechs bayerische Industrie- und Handelskammern in München, Augsburg, Regensburg, Nürnberg, Bayreuth und Würzburg zu – und das nur auf der Rechtsgrundlage der freiwilligen Mitgliedschaft von Unternehmen und nur in beratender Funktion.

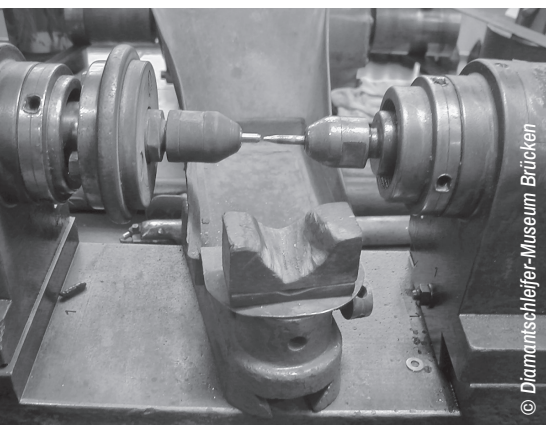
Wenn es blinkt und glitzert

Diamantenschleifer in der Pfalz

Sprechen wir über Diamanten: Brücken im Landkreis Kusel war viele Jahrzehnte der Mittelpunkt des pfälzischen Diamantenschleifer-Gewerbes. Begründer war der Kaufmann Isidor Trifuss.



© Diamantenschleifer-Museum Brücken



© Diamantenschleifer-Museum Brücken

Rodiermaschine und Säge

Wer hat schon wie Trifuss zwei Brüder, die in London als Diamantenhändler arbeiten? Trifuss nutzte diesen Umstand jedenfalls aus und richtete im Dreikaiserjahr 1888 in Brücken in der leerstehenden Neumühle eine Diamantenschleiferei ein, wo die Rohdiamanten den letzten Schliff erhielten. In Idar-Oberstein und der Schmuckstadt Hanau warb er vier Diamantenschleifer ab. Diese sollten einheimische Fachkräfte ausbilden. Trifuss' Konzept ging auf: Nur zwei Jahre später zählte sein Betrieb 41 Arbeitsplätze, 1895 waren es schon 62.

1907 siedelte sich mit der Firma Daßbach & Geier aus Hanau eine zweite Diamantenschleiferei an, die sich zu einer der größten pfälzischen Diamantenschleifereien mit bis zu 100 Beschäftigten entwickeln sollte. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg gab es in dem kleinen Pfälzer Dorf sieben Diamantenschleifereien mit rund 180 Beschäftigten – eine wichtige Erwerbsmöglichkeit für die Menschen in einem strukturschwachen Ort und ein

wirtschaftlicher Aufschwung für eine Gegend, in der es vorher keine Industrie gegeben hatte.

Und der Aufwärtstrend hielt an. 1928 kümmernten sich in und um Brücken bereits 120 Diamantenschleifereien mit 750 Beschäftigten um die Diamantenveredelung. 1935/36 war der Höchststand mit 150 Betrieben und rund 3.500 Diamantenschleifern erreicht. In Deutschland wurden 60 Prozent aller Schleif-Aufträge damals in der Pfalz bearbeitet, jeweils 20 Prozent in den beiden anderen Diamantenzentren Idar-Oberstein und Hanau.

Die militärische Aufrüstung, der Bau des Westwalls und schließlich der Zweite Weltkrieg führten zu einem Niedergang des Gewerbes. Arbeitskräfte fehlten, die Verbindung zum Ausland war unterbrochen, und die Wirtschaft war auf die Kriegsbedürfnisse ausgerichtet.

Nach Kriegsende versuchten die Firmen, ihre Arbeit wiederaufzunehmen. Dies erwies sich allerdings als äußerst schwie-

rig. Zwar waren Maschinen und Gebäude im Krieg nicht zerstört worden, doch der Alliierte Kontrollrat hatte verfügt, dass das Schleifen von Schmuckdiamanten in Deutschland nicht gestattet war. Außerdem bestand anfangs keine Möglichkeit, Rohware und die entsprechenden Aufträge aus dem Ausland zu bekommen.

Mit der Gründung eines Verbands der Pfälzischen Diamant-Industrie im April 1947 wollte man versuchen, die „Wiedereröffnung“, wie es damals hieß, der Pfälzischen Diamantindustrie zu unterstützen. Dem Brückener Bürgermeister gelang es, den Minister für Wirtschaft und Finanzen, Dr. Hanns Haberer, zur Gründung einzuladen und als Unterstützer zu gewinnen. Auch der Landrat und der Landtagsabgeordnete erschienen – die Vertreter der IHK allerdings fehlten, obwohl sie ihr Erscheinen zugesagt hatten.

Die Bemühungen zur „Wiedereröffnung“ gelangen. Zwischen 1953 und 1955 arbeiteten wieder 1.200 Diamantschleifer rund um Brücken. Es sollte allerdings nur



Diamantschleifer
bei der Arbeit

© Diamantschleifer-Museum Brücken

eine kurze Wiederbelebung dieses einst so erfolgreichen Industriezweigs sein. Denn Ende der fünfziger Jahre wurde das Geschäft mit der Lohnveredelung rückläufig. Es hatten sich noch andere Diamantbearbeitungszentren in der Welt etabliert, vor allem in Israel und Indien. Das Pfälzer Diamantschleifergewerbe verlor immer mehr an Bedeutung.

Heute erinnert noch das Diamantschleifer-Museum in Brücken an die Hochzeit dieses funkelnden Gewerbes in der Pfalz.

www.diamantschleifermuseum.de



Schleiftisch

© Diamantschleifer-Museum Brücken

Kein Hexenwerk: Von Besen und Bürsten

Ramberg – Einst die Metropole der Bürstenbinder

Spülmaschinen, Staubsauger und Saugroboter erleichtern heute das Reinemachen, doch noch immer sind Bürsten und Besen im Haushalt wie auch in der Industrie unverzichtbar. Produziert werden sie bis heute in Ramberg. Das kleine Südpfälzer Dorf galt einst sogar als Metropole der Bürstenbinder.



Belegschaft der ehemaligen, genossenschaftlichen Bürstenfabrik

„Kaaft Berschte, gute Berschte“ – mit diesem Ruf zogen früher die „Bürstenhausierer“ durch die Lande, auf dem Rücken die „Keetze“, den Tragkorb mit den Produkten der Ramberger Bürstenbinderindustrie. Bis ins Rheinland, in den bayerischen Wald, ins Elsass und nach Frankreich und Holland reichte ihr Absatzgebiet.

Schon seit dem späten 18. Jahrhundert stellten die Ramberger Bürsten her. Dass sich die Ramberger ausgerechnet dem Bürstenbinderhandwerk verschrieben hatten, ist der Lage des Dorfes inmitten des Pfälzer Waldes und in einem Talkessel geschuldet. Landwirtschaft war nur schwer möglich. Not macht bekanntlich erfinderisch – dieser Spruch galt auch für die findigen Pfälzer, die das Holz der umliegenden Wälder nicht nur zum Heizen, Kochen und Bauen, sondern für die



Werkstatt zur
Bürstenherstellung mit Einziehtisch



Bürsten-Handelsmann mit
Rück- und Bauchkorb

© Bürstenbindermuseum Ramberg

www.buerstenbindermuseum.de

Herstellung der Bürstenrohlinge nutzen und Haare von Ziegen, Pferden und Hauschweinen, aber auch Seegras und Bast mit Draht einzogen. Es entstanden kleine Betriebe, die Nachfrage stieg stetig, und viele Ramberger begannen in Heimarbeit, Handfeger, Besen und Bürsten zu binden.

Bereits um 1850 zählte das Dorf rund 130 Bürstenmacher, 1862 fand fast die gesamte Bevölkerung in diesem Gewerbe ihr Auskommen. 1891 eröffnete die erste größere Bürstenfabrik mit Dampfbetrieb. Anfang des 20. Jahrhunderts gab es sechs Betriebe mit 300 Arbeitern, hinzu kamen noch die Heimarbeiter. Das 1.300-Seelendorf galt damals als Metropole der Bürstenbinder.

Doch diese Blütezeit hatte auch ihre Kehrseiten: In den Betrieben waren lange Arbeitstage mit elf Stunden angesagt, Kin-

derarbeit war die Regel. 1907 gingen die Ramberger gegen diese Arbeitsbedingungen auf die Barrikaden – und zwar ein ganzes Jahr lang. Am Ende des Streiks stand die Gründung der ersten genossenschaftlich organisierten Bürsten-Fabrik.

Brachte der Erste Weltkrieg nochmals einen Aufschwung, brach das Geschäft danach allerdings ein. Denn die Ramberger litten unter den fehlenden Absatzmärkten durch die Rheinzollgrenze und dem Wegfall von Lothringen und dem Saarland. „Das Gewerbe ernährt seine Leute nicht mehr. Die Not ist sehr groß“, konstatierte ein Zeitungsbericht 1927 und berichtete von einer ungewöhnlich hohen Zahl von Erwerbslosen im Dorf. Viele Betriebe wurden stillgelegt. Von den 14 Betrieben 1914 waren 1930 nur noch sieben übrig. „Kurze Haare und kurze Röcke bedingen weniger Bürsten“, machte die IHK in einem Schreiben die

neue Mode für den sinkenden Absatz verantwortlich.

In den fünfziger Jahren erlebte die Ramberger Bürstenindustrie nochmals eine kurze Blütezeit, denn schließlich benötigte fast jeder Haushalt wieder eine Grundausstattung an Bürsten und Besen. 1956 beschäftigte die Ramberger Bürstenindustrie rund 250 Mitarbeiter und erwirtschaftete einen Umsatz von drei Millionen Mark im Jahr. Heimarbeit blieb bis in die sechziger Jahre ein wichtiger Faktor.

Mit dem Aufkommen von Kunststoffbesen und -bürsten und der zunehmenden Automatisierung verlor die Ramberger Bürstenbinderindustrie ihre Bedeutung. Heute gibt es noch zwei Unternehmen, die das traditionelle Handwerk im Dorf weiterleben lassen, und ein Museum erzählt von der mühsamen Arbeit der Ramberger. ■

Kammerarbeit als Spiegel der Probleme der Zeit

Schutzzollpolitik als wichtiges Thema der Anfangsjahre

Die „königliche Regierung in der Förderung des Handels und Gewerbefleißes und in der Beseitigung der ihrem Aufblühen entgegenstehenden Hindernisse durch ihren Rath und ihre Mitwirkung zu unterstützen“ – dies war die Aufgabe der Handelskammer für die Pfalz bei ihrer Gründung. Obwohl die Kammer vor 175 Jahren von der heutigen Selbstverwaltung noch weit entfernt war, nutzten ihre Mitglieder das neu gewonnene Instrument der Interessenvertretung von Anfang an als Sprachrohr. Die Forderungen der Kammer spiegeln dabei die jeweils brennenden Fragen der Zeit.



Vieles stand in den ersten Jahrzehnten des Bestehens der Handelskammer einer florierenden Wirtschaft über die engen Grenzen der Pfalz hinweg entgegen. Da war zunächst einmal der Rhein, der den Handel in doppelter Hinsicht erschwerte. So fehlte zum einen eine feste Rheinbrücke, zum anderen war der Transport von Waren auf dem Strom mit zahlreichen Zöllen, Abgaben, Stapel- und Umschlagrechten belastet.

Schon früh setzte sich die Handelskammer für die Pfalz für eine Eisenbahnbrücke über den Rhein ein und forderte regelmäßig die Abschaffung von Zöllen, die den Handel nicht nur auf dem Wasserweg erschwerten.

Eng damit verbunden sind die Forderungen nach einem einheitlichen Münz- und Währungssystem, der Einführung des in Frankreich geltenden metrischen Maßes

und des Dezimalsystems für Münzen und Gewichte. Auch auf den erforderlichen Ausbau von Straßen und die Erweiterung des Eisenbahnnetzes wies die Kammer regelmäßig mit Denkschriften, Eingaben und Gutachten an die staatlichen Behörden hin. Ganz konkret führte das Engagement der Kammer 1891 in Ludwigshafen zur Bildung des Gewerbegerichts, das viele Jahre seinen Sitz in den Kammerräumlichkeiten hatte.



Walzmühle Mitte der 1950er Jahre



Gienanth'sche Eisengießerei 1954

Schutzzölle zur Wirtschaftsförderung

Das beherrschende Thema der Kammerarbeit der ersten Jahrzehnte war die Schutzzollpolitik. Schon als eine ihrer ersten Tätigkeiten erstellte die Kammer ein Gutachten für die bayerische Regierung, das diese für Verhandlungen des 1834 gegründeten Deutschen Zollvereins mit Belgien über Zollermäßigungen

benötigte. Die pfälzische Handelskammer sprach sich darin gegen jede Senkung von Schutzzöllen aus. Man wollte einer Gefährdung der im Aufbau begriffenen pfälzischen Industrie vorbeugen.

Schnell etablierte sich die Handelskammer als Ansprechpartner auch für die Politik: Als 1848 die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat, wurde die Pfälzer Kammer „zum

Behuf der Entwerfung eines allgemeinen deutschen Zolltarifs“ befragt.

Für ein einheitliches Deutsches Reich

Selbst politisch aktiv wurden die Kammermitglieder, als sie im September 1870 eine gemeinsame Adresse an König Ludwig II. richteten. Sie forderten nach „ruhmvollen Siegen“ gegen Frankreich

Ausbildungsplatz-Werbeaktion
„Ein Plätzchen geht doch noch“ 2004



ein einheitliches Deutsches Reich. Elsass und Lothringen müssten von Frankreich abgetrennt werden, um „einen dauerhaften europäischen Frieden“ zu garantieren. Auch in ihrer weiteren Geschichte und bis heute spiegelt die Kammer mit ihrer Arbeit die jeweils aktuellen Fragestellungen. Exemplarisch sei hier der Einsatz für die Ansiedlung neuer Industriebetriebe in der Pfalz in den Jahren nach der Weltwirtschaftskrise 1929 genannt, um Arbeitsplätze in die notleidende Region zu bringen. In der Nachkriegszeit dokumentierte die IHK Pfalz lange Jahre regelmäßig den Zustand der Industrie und wies auf fehlende Maschinen, Rohstoffe und Personal hin. Als 1993 der EU-Binnenmarkt und 2002 dann der Euro eingeführt wurden, begleitete die IHK dies mit Informationskampagnen. Ein Beispiel, wie sich die Anforderungen an die Arbeit der IHK ändern können, ist die Ausbildung. Warb die IHK vor etwa einem Jahrzehnt noch um die Schaffung neuer Ausbildungsplätze, geht es heute darum, junge Menschen überhaupt für eine Ausbildung zu begeistern. Aber egal, welche Themen und Probleme gerade aktuell sind – eines hat sich nicht geändert: Die IHK Pfalz ist seit 175 Jahren Mittler zwischen Staat und Wirtschaft. ■

gen an die Arbeit der IHK ändern können, ist die Ausbildung. Warb die IHK vor etwa einem Jahrzehnt noch um die Schaffung neuer Ausbildungsplätze, geht es heute darum, junge Menschen überhaupt für eine Ausbildung zu begeistern. Aber egal, welche Themen und Probleme gerade aktuell sind – eines hat sich nicht geändert: Die IHK Pfalz ist seit 175 Jahren Mittler zwischen Staat und Wirtschaft. ■

gen an die Arbeit der IHK ändern können, ist die Ausbildung. Warb die IHK vor etwa einem Jahrzehnt noch um die Schaffung neuer Ausbildungsplätze, geht es heute darum, junge Menschen überhaupt für eine Ausbildung zu begeistern. Aber egal, welche Themen und Probleme gerade aktuell sind – eines hat sich nicht geändert: Die IHK Pfalz ist seit 175 Jahren Mittler zwischen Staat und Wirtschaft. ■



Werbeaktion „Durchstarter“

Gesamtentwurf zur Wirtschafts- und Sozialordnung

Für das freie Unternehmertum

Neun Artikel hatte die Landesverfassung von Württemberg-Baden nach dem Zweiten Weltkrieg, 21 die von Hessen, 27 Artikel die bayerische und 31 der Entwurf für die rheinland-pfälzische. Dass nun mehr Verfassungsartikel nicht unbedingt bessere Regelungen bedeuten, darauf wies die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Rheinland-Pfalz im Februar 1947 in einer kritischen Stellungnahme zum Verfassungsentwurf für das Land Rheinland-Pfalz hin. Im Fokus der Kritik: der Abschnitt VI über die Wirtschafts- und Sozialordnung.

Für die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, die Kammern Ludwigshafen, Mainz, Trier und Koblenz, war klar: Die kürzeste Verfassung ist auch die beste. „Diese legt sich bewusst eine kluge Selbstbeschränkung auf, zweifellos in der Absicht, in keiner Weise präjudizell zu wirken, um nicht mit einer späteren Reichsregelung in Konflikt zu geraten“, lobte die Arbeitsgemeinschaft. Ganz im Gegensatz dazu die rheinland-pfälzische Verfassung. Diese habe einen Umfang, „wie er für einen Großstaat noch vertretbar erscheint, aber nicht für ein kleines Land mit noch nicht einmal drei Millionen Einwohnern“.

So fragten die vier Kammern, ob die Zeit überhaupt schon reif sei, „das künftige Gesicht der deutschen Wirtschaft in den einzelnen Landesverfassungen voraus-

zuzeichnen, ohne dass die einzelnen Landesregierungen hierbei in einem engen Gedankenaustausch stehen“. Es entstehe wieder „das Zerrbild einer deutschen Kleinstaaterlei“.

Klarheit über Wirtschaftssystem fehlt

Konkret kritisierte die IHK-Arbeitsgemeinschaft, dass die gewählten Formulierungen im Verfassungsentwurf oft widersprechend seien, juristische Präzision fehle. Der Entwurf stelle eine politische Kompromisslösung dar, in dem alle Meinungen und Ansichten zu finden sein. „Dass sie in der Praxis versagen muss, ist selbstverständlich“, lautete das Urteil der Kammern. Befürchtet wurden juristische und soziale Konflikte. Die IHK-Vertreter vermissten Klarheit über das angestrebte

Wirtschaftssystem und befürchteten eine sozialistische Wirtschaftspolitik, während die Wirtschaft jedoch unbedingt das freie Unternehmertum beibehalten wolle. In der „Bevorzugung von Genossenschaften und Zusammenschlüssen von Genossenschaften“ sahen sie eine Kampfansage gegenüber dem freien Unternehmertum.

Besonders in der geplanten Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Zusammenschluss der bestehenden Fachverbände und Gewerkschaften zu Wirtschaftsgemeinschaften sahen die rheinland-pfälzischen IHKs ein „völlig neuartiges Gebilde“ – und auch einen Angriff auf die Selbstverwaltung der Wirtschaft. Darüber sollten paritätisch besetzte Wirtschaftskammern gebildet werden, über denen dann noch einmal der Landeswirtschaftsrat stehen sollte, in dem je zwölf Arbeitnehmer und Unternehmer sowie drei Wirtschaftssachverständige saßen.

Gegenentwurf scheitert

Mit einem Gegenentwurf zum Abschnitt VI des Verfassungs-Entwurfs versuchten die rheinland-pfälzischen Kammern, diese für sie wesentlichen Punkte der Verfassung zu ändern – allerdings ohne Ergebnis, wie ein Blick auf die am 18. Mai 1947 in einer Volksabstimmung angenommene Verfassung zeigt. Sowohl die Unschärfe in der Wirtschaftsform als auch die Bevorzugung von Genossenschaften und der hierarchische Aufbau der Wirtschaft mit Wirtschaftsgemeinschaften, Wirtschaftskammern und einen Landeswirtschaftsrat hielten Einzug in die erste Landesverfassung von Rheinland-Pfalz. Geändert wurden diese Artikel erst in den 1990er Jahren. ■

Vernetzt!

Gemeinsam geht es besser

Die IHK Pfalz war und ist kein Einzelkämpfer: Schon 1861 hat sie sich am ersten Deutschen Handelstag beteiligt, es folgten Mitgliedschaften in Vereinen, Institutionen und bei anderen Kammern. Auch heute ist die Pfälzer IHK vielfach vernetzt, um sich für die Interessen der Wirtschaft einzusetzen – von der lokalen bis zur internationalen Ebene.

Historisches Museum der Pfalz in Speyer, rumänische Auslandshandelskammer, Deutsches Ausstellungs- und Messeamt, Verein der Freunde der Städtischen Ingenieurschule Mannheim – die Auflistung der Vereine, Kammern und Organisationen, bei denen die IHK Ludwigshafen in der Weimarer Republik Mitglied war, ist bunt und füllt mehrere Seiten. Es war die Hochzeit für Mitgliedschaften, doch waren diese eher formaler Art, dienten der Repräsentation wie der ideellen und finanziellen Unterstützung der Vereine und Kammern. Eine inhaltliche Zusammenarbeit fand, so legen die Quellen nahe, damals kaum statt.

Das heißt nun nicht, dass die Pfälzer Kammer ohne Austausch vor sich hingearbeitet hätte. Im Gegenteil – als am 13. Mai 1861 in Heidelberg der erste Deutsche Handelstag zusammentrat, nahm Kammerpräsident Ludwig Andreas Jordan aktiv daran teil. Der Handelstag, aus dem sich der Deutsche Industrie- und Handelskammertag entwickeln sollte, setzte sich für

eine wirtschaftliche und nationale Einheit Deutschlands ein – und war seiner Zeit damit weit voraus, kam es bekanntlich doch erst 1871 zur Gründung des Deutschen Reiches.

Der Rhein als „Rückgrat für den Wiederaufbau“

Ähnlich vorausschauend agierten die Kammern 1949, als sich rund 40 IHKs in Österreich, der Schweiz, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden zur Gründung der Vereinigung der Handelskammern des Rheingebietes entschlossen. Ihr Antrieb war die Überzeugung, dass die Integration Europas ein „zwingendes Gebot der Stunde“ sei. Grundlage der Zusammenarbeit war der Rhein als „gut schiffbarer Fluss“. Er sollte als „das Rückgrat für den Wiederaufbau“ betrachtet werden. „Im Hinblick auf den internationalen Charakter des Rheines liegt hier eine gemeinschaftliche Aufgabe für die westeuropäischen Völker vor“, hieß

es in einem Schreiben der Rotterdamer Geschäftsstelle 1950.

Ein Ziel dieses frühen Beispiels für eine europäische Zusammenarbeit war es, den Rhein von Basel bis Bregenz schiffbar zu machen – ein Wunsch, der bis heute nicht verwirklicht werden konnte. Außerdem ging es um die Stromgewinnung entlang des Rheins und auch schon damals um die Sauberkeit des Flusses.

Heute ist aus der Vereinigung der Handelskammern des Rheingebiets die Union europäischer Industrie- und Handelskammern geworden, in der 56 IHKs aus sechs europäischen Staaten im Einzugsgebiet von Rhein, Rhone, Donau und den Alpen Mitglied sind. Sie passte mehrfach ihren Namen dem jeweils erweiterten Aktionsradius und ihrem Tätigkeitsfeld an, nennt sich heute Union europäischer Industrie- und Handelskammern für Verkehrsfragen (UECC) und macht sich unter anderem für den Ausbau der Verkehrskorridore entlang des Rheins stark.

Unterzeichnung der
Kooperationsvereinbarung 2005



Zusammenarbeit der Kammern in Rheinland-Pfalz

Sogar noch zwei Jahre älter als die Union ist die IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz. 1947 trafen sich die Vertreter der Kammern aus Ludwigshafen, Koblenz, Trier und Mainz erstmals. Seitdem vertreten sie gemeinsam Positionen gegenüber dem Land, dem Bund und der Europäischen Union. Dabei kooperieren sie mit der IHK Saarland. In 17 Kompetenzteams, die auf die vier Kammern verteilt sind, werden Positionen erarbeitet. Durch diese Kooperation wurde die politische Schlagkraft der IHKs effizient erhöht. Die Gesamtfederführung der Arbeitsgemeinschaft wechselt und liegt derzeit bei der IHK Koblenz.

Auch mit den beiden benachbarten Kammern rechts des Rheins wurde früh kooperiert. Mitte der zwanziger Jahre gab es etwa Pläne für eine gemeinsame Zeitschrift mit den Handelskammern in Mannheim und Heidelberg. Ende der zwanziger Jahre, so

ist es in den Quellen des IHK-Archivs zu finden, gab es regelmäßige Besprechungen zwischen den Handelskammern Mannheim und Ludwigshafen. Themen waren etwa die Rheinschifffahrt und die Rheinbrücke. Nach dem Krieg wurde die Zusammenarbeit fortgesetzt. So fanden in den fünfziger Jahren regelmäßig gemeinsame Sitzungen der Beiräte und auch der Referenten beider Kammern statt.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg war die IHK Pfalz noch Mitglied in zahlreichen Vereinen – 1957 waren es 24. Dieses Engagement wurde nun allerdings kritischer als früher gesehen. Als nun 1957 der Freundschaftskreis Rheinland-Pfalz/Burgund um die Mitgliedschaft der Kammer bat, äußerte Hauptgeschäftsführer Dr. Hellmut Bergmann „gewisse Bedenken gegen den Beitritt zu weiteren Vereinigungen“.

Fusionsgedanken

1970 kam dann die Idee einer Fusion der Mannheimer und Ludwigshafener Kam-

mern auf. Ein Viertel der Kosten könne eingespart werden, lautete ein Argument, außerdem käme es zu einem „Zuwachs an Potenz“, argumentierte Präsident Ernst-Hermann Fernholz. 1971 wurde erwogen, auch Heidelberg noch mit ins Boot zu nehmen, ebenso ein Zusammenschluss mit Hessen. Bekanntlich wurden diese Ideen nicht umgesetzt.

Auch ohne Fusion arbeiten die Kammern links und rechts des Rheins heute eng zusammen. Am 1. Juli 2005 wurde die Kooperationsvereinbarung zwischen der IHK Pfalz und der IHK Rhein-Neckar geschlossen. „Zweimal jährlich tagen die IHKs Pfalz, Rhein-Neckar, Darmstadt und Rheinhessen mit ihren in der Metropolregion Rhein-Neckar vertretenen Unternehmen beim IHK-Wirtschaftsforum MRN“, nennt Jaana Schnell, Referentin des Hauptgeschäftsführers, eine weitere Zusammenarbeit in der Region. Auch mit den IHKs in Karlsruhe und der IHK Region Stuttgart wird zusammengearbeitet, um Synergiepotenziale auszuschöpfen.

Netzwerke an den Grenzen des Kammerbezirks

Was die Metropolregion Rhein-Neckar im Norden des Kammerbezirks ist, ist die 2010 gegründete Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO) im Süden. Auch hier treffen sich die IHKs am Oberrhein mindestens zweimal im Jahr zum gegenseitigen Austausch. Sie initiieren neue Projekte und verfassen Resolutionen über die Landesgrenzen zur Schweiz und zu Frankreich hinweg.

Die IHK Pfalz engagiert sich im Westen ihres Bezirks in den „Saar-Lox-Kammern“, die bei ihren Zusammenkünften grenzüberschreitende Initiativen insbesondere in den Bereichen Standortpolitik und Bildung auf den Weg bringen.

International ist die IHK Pfalz bei Auslandshandelskammern Mitglied, um die Interessen der exportorientierten Wirtschaft auf ausländischen Märkten zu vertreten. „Ausnahmen bestehen dort, wo dies durch lokale Gesetzgebung nicht möglich ist“, erläutert Volker Scherer, Geschäftsführer International. Gerade

Die IHK-Spitzen der TMO fordern im Sommer 2017 Erleichterungen bei der Entsendung von Mitarbeitern nach Frankreich.



Pfälzer Unternehmen sind international sehr erfolgreich – die Pfalz besitzt eine Exportquote von mehr als 65 Prozent. Dazu kommt die Zusammenarbeit mit aktuell 38 IHKs im Rahmen des Netzwerks der IHK-Länderschwerpunkt-IHKs. Weiterhin besteht eine Mitgliedschaft bei der ICC (Internationale Handelskammer), um Positionen der Pfälzer Wirtschaft auch auf globaler Ebene vertreten zu können. ■

Besuchen Sie unsere IHK-Jubiläumshomepage:
www.pfalz.ihk24.de/ihk-jubilaem



DAS BUCH „WIRTSCHAFTSWANDERN“

Wir begeben uns auf die Spuren der Wirtschaft in der Pfalz.
Das Buch mit 30 Wanderwegen steht hier kostenlos zum
Download bereit.



DIE IHK-APP „WIRTSCHAFTSWANDERN“

Zu 10 Wanderwegen bietet sie unter www.wirtschaftswandern.info
viele Zusatzinfos und Fotos. Die App ist auch kostenlos im Google
Play Store und im App Store erhältlich.

*Alle Wanderwege basieren auf den Artikeln der Tageszeitung
„Die Rheinpfalz“ aus der Serie „Wirtschaftswandern“.*

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer für die Pfalz
Ludwigsplatz 2-4, 67059 Ludwigshafen
www.pfalz.ihk24.de
Texte: Dr. Annette Konrad
Redaktion: Sabine Fuchs-Hilbrich

Bildnachweis

Bildquellen sofern nicht anders angegeben: IHK Pfalz

Titelbild

Erstes Domizil der IHK Pfalz im Gasthof „Zum Anker“;
Stadtplan Ludwigshafen 1952;
Dankesadresse vom 1. Mai 1843 Teil 1

Rückseite

Hambacher Schloss, Feier des IHK-Jubiläums mit Bundespräsident
Frank-Walter Steinmeier am 19. März 2018;
Aktueller Sitz der IHK Pfalz in Ludwigshafen;
Dankesadresse vom 1. Mai 1843 Teil 2

Layout und Satz

modus: medien+kommunikation gmbh
76829 Landau in der Pfalz
www.modus-media.de

Druck

KerkerDruck GmbH
67661 Kaiserslautern



1610162 A

Wegzug 2/8

pr. 20. July

1 Linie
Ch

Ch

17
L

Hoch Koenigliche Regierung!

Sammen des Junnon!

Unbeachtliche Bitte
des
hiesigen Handelsstandes
um
Etablisierung einer
Handelskammer allhier,
und
derselben quäsierte Auf-
nehmung, beauftragt

Depl. an das Landkommissariat
in Speier zum Brief
vom 26 Aug. 1819

2/8 13/10

~~Handwritten signature~~
H. H. H.
H. H. H.

Wir sind sehr dankbar für die Unterstützung, welche wir von
Ihrer Wohlthätigen Regierung als Pflichten zu
verrichten haben, wegen wir es, dieselben
auf die Einrichtung einer Handelskammer, adie
sich in Althain, Frankfurt, Mannheim und
anderen Handelsplätzen besetzt. ansetzen
sich zu machen, und dieselben zu bitten, um
zu erhalten, um so allgemein anerkannt
wohlthätige Einrichtung constituirten zu sein.

1 zu 1

1/4 1/2

den, welche sich ausschließlich mit Beobachtung des
Handels beschäftigen, und sich zum Besatz macht, ferner
Gegen Angelegenheiten hierzu gehörige Verfügungen
zu machen, Geklagen in Handelsfachen anzuhören,
welche in städtischen Sälen seinen Sitzungen
nicht gehalten werden unzulässig sein möchten, dem
instand zu halten, wieder anzuhören, und ferner
wegen in Correspondenz mit benachbarten Han-
delstädten einzulassen, welche die nöthigen an-
gehörigen Erweise des Handels nachzuweisen muß.

Das Interesse, welches eine große
Angelegenheit an dem Wohl des Handels von Fürtth
land nimmt, und unumwunden dem Handels-Korps
beizubringen, - das Wohl, welches sich hierdurch im
ganzen Reichthum der Provinz zeigt, mußte uns
zur Pflicht, und an das Publicum anzuschließen, und
nicht zu versäumen, was hierauf bezug haben
kann.

Um das anzubringen, daß der
Herrscher des Reichs unsere gute Absicht nicht nicht
kennen werden, haben wir die Ehre, mit diesem
Zusatz zu versehen

Herrn Koniglichem Hofen Angelegenheit

Weyden den 29ten Julij 1819: =
Herrn v. Hatzel und Sohn
Freundschaft
Kupstaub

Dr. Georg Jacob Haid
Johann Friedrich...
Kraus
...
...
...
J. Carl Alexander...
J. M. Mühlberger ab...
J. P.



reißtag